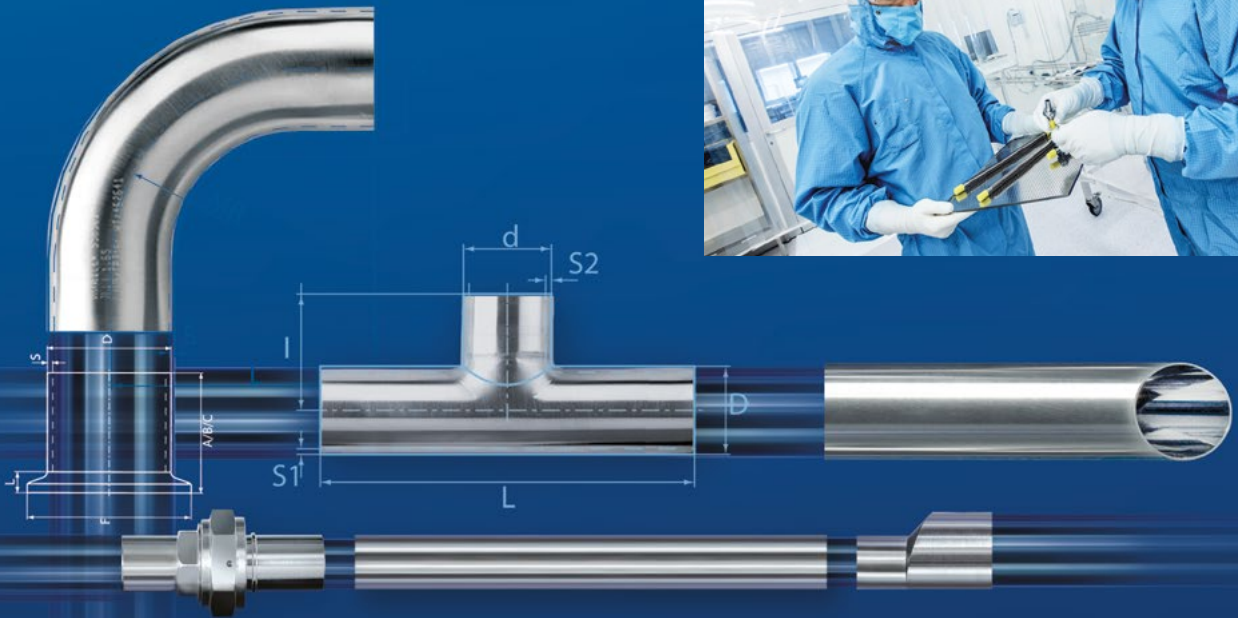


SOLUTIONS IN STAINLESS STEEL FOR GLOBAL FUTURE TECHNOLOGIES



Dockweiler is a global supplier of stainless steel tube systems and custom-made products for plants in the semiconductor and pharmaceutical industry, biotech, analytics and all high-tech industries. We have 8 subsidiaries worldwide - three of them in Asia. Our global network is rounded off by more than 50 partners.





OAV-Vorsitzender
Prof. Dr.-Ing. Axel Stepken,
TÜV SÜD AG

Liebe OAV-Mitglieder,

der Begriff Geopolitik war nach dem Ende des Kalten Krieges erfreulicherweise aus unserem Sprachgebrauch weitgehend verschwunden. Stattdessen war vielmehr von Globalisierung und zunehmender Verflechtung die Rede. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind wir alle in der Tat in einer anderen Welt aufgewacht. Das Denken in Einflusszonen, die strategische Sicherung von Rohstoffen, die Vermischung von Sicherheits- mit Wirtschaftsfragen – all das wird die nächsten Jahre prägen. Darauf müssen wir uns als Unternehmen besonnen, aber konsequent einstellen und vorbereiten. Zumal der geopolitische Wettbewerb vorwiegend in der wirtschaftlich essenziellen Indopazifik-Region ausgetragen werden wird. Wo es uns möglich ist, müssen wir versuchen, diesen schädlichen Trends etwas entgegenzusetzen. Aber was genau erwartet uns bei einer geopolitisch geprägten Globalisierung? Wir haben in der aktuellen Ausgabe unseres Mitgliedermagazins den Versuch unternommen, einige Aspekte dieser komplexen Frage näher zu beleuchten.

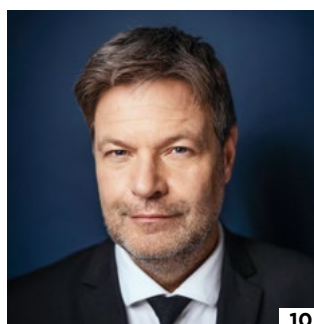
Ein echtes Highlight im Heft ist ein längeres Interview, das ich zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zu den Herausforderungen und Perspektiven der deutschen Asienwirtschaft geführt habe. Neben einem Artikel zu den Hintergründen der neuen Organisationen im Indopazifik-Raum finden Sie auch Beiträge zu den aktuellen Entwicklungen in Ozeanien (siehe S. 16). Interessante Einschätzungen zur logistischen Dimension der Diversifizierungsdebatte gibt Markus Bangen, der CEO des Duisburger Hafens. Viele dieser Themen wurden auch auf der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft Mitte November in Singapur diskutiert. Zudem finden Sie wie gewohnt Rückblicke auf kürzliche OAV-Events wie die Jahreskonferenz unserer Young Leaders oder die Delegationsreise mit den Asien-Pazifik-Botschaftern nach Baden-Württemberg. Als Termin für die 100. Auflage des Ostasiatischen Liebesmahls können Sie sich gern schon einmal den 24. März 2023 vormerken.

Als Angebot an unsere Mitglieder haben wir ein neues Mitgliederportal aus der Taufe gehoben, das in dieser Ausgabe vorgestellt wird. Ich möchte Sie ermuntern, das Portal auf der OAV-Website zu besuchen und Ihren Firmeneintrag zu gestalten. Je mehr das Portal von den Mitgliedern mit Leben gefüllt wird, umso besser können Sie die neuen Möglichkeiten zur Vernetzung nutzen. Das OAV-Team unterstützt Sie gern dabei!

Ihr



08



10



22

GEOPOLITIK

05 **3 FRAGEN - 3 ANTWORTEN**

Markus Bangen,
CEO Duisburger Hafen AG

06 **PERSONALIEN**

Neue Mitglieder im
OAV-Netzwerk

07 **BUCHVORSTELLUNG**

Entferntes und nahes Vietnam

08 **HINTERGRUND**

Welchen Zweck haben die neuen
Bündnisse im Indopazifik?

10 **FOKUSTHEMA**

Prof. Dr. Axel Stepken im
Interview mit Robert Habeck

14 **HINTERGRUND**

Sri Lanka: Die nächsten Monate
sind entscheidend

15 **OAV AUF TUCHFÜHLUNG**

OAV and FC St. Pauli meet
Down Under

16 **HINTERGRUND**

Aktuelle geopolitische Entwick-
lungen in Ozeanien

18 **OAV YOUNG LEADERS**

Rückblick auf die 12. OAV Young
Leaders Jahreskonferenz

20 **FOKUSTHEMA**

Caught between a rock and a
hard place: Japan and Taiwan

22 **OAV IM BILD**

Ambassadors in Dialogue,
Baden-Württemberg,
14. -16. September

24 **FRÜHER - HEUTE**

Die Geschichte
der Firma Merck

26 **UPDATE FREIHANDEL**

Neues Gesetz soll Lieferketten
nachhaltiger machen, EU-
Regelung in Vorbereitung

28 **SERVICE**

Der OAV begrüßt neue
Mitglieder

29 **WORTGEWANDT IN ASIEN**

30 **SERVICE**

Besser vernetzt mit dem neuen
OAV-Portal!

31 **TERMINE / IMPRESSUM**

○ Englischsprachige Artikel, zur
Weiterleitung an internationale
Kolleginnen und Kollegen.

3 Fragen- Antworten

Markus Bangen,
CEO Duisburger Hafen AG



„Ziel ist der weitere Ausbau intermodaler Korridore in ganz Südostasien“

Der Duisburger Hafen ist der größte Binnenhafen der Welt, besitzt eine Drehkreuzfunktion und wurde als Endpunkt der Seidenstraße bekannt. Wie stellt sich Ihr Engagement im Asien-Pazifik-Raum dar?

Markus Bangen: Die internationale Vernetzung insbesondere auch mit Asien-Pazifik ist neben der einzigartigen Lage im Herzen Europas ein zentraler Erfolgsfaktor für duisport. Beide haben zur Entwicklung des Duisburger Hafens zu einem der wichtigsten Logistik-Hubs in Europa entscheidend beigetragen. Wir bedienen allein über die Neue Seidenstraße 14 Ziele direkt in China per Bahn, die wiederum als regionale Drehkreuze dienen. Zudem sind wir strategische Partnerschaften mit chinesischen Konzernen eingegangen und investieren gemeinsam mit der Port of Singapore Authority (PSA) – einem der größten Hafenbetreiber der Welt – in multimodale Logistikanlagen und den Ausbau des Bahnterminal-Netzwerks. Entsprechend sind wir mit operativen Tochtergesellschaften in China, Indien und Singapur aktiv. Unser Ziel ist der weitere Ausbau intermodaler Korridore in ganz Südostasien, um neue Märkte zu erschließen und unser internationales Netzwerk zu erweitern. Aktuell liegt der Fokus hier auf Vietnam, Malaysia und Indonesien.

Angesichts von Pandemie, Ukraine-Krieg und steigenden geopolitischen Spannungen – wie störungsfrei läuft derzeit der Transport im Europa-Asien-Handel?

Markus Bangen: Dass die Pandemie die weltweiten Lieferketten stark durcheinandergebracht hat, ist bekannt. Als wir berechtigte Hoffnung hatten, dass sich die Lage langsam entspannt, hat Russland die Ukraine überfallen. Die Unsicherheit war bei allen Akteuren riesig. Aber man muss festhalten, dass die Transporte über die Neue Seidenstraße vom ersten Tag an reibungslos weiterliefen. So verrückt es klingt: Die verständliche Zurückhaltung einzelner Kunden bei Transporten durch russisches Staatsgebiet hat dazu geführt,

dass sich die Lage in den teils verstopften Terminals an der Grenze zwischen Belarus und Polen entspannt hat und die Transporte nun deutlich schneller sind als vor Kriegsbeginn. Bis heute unterliegen die Bahnverkehre ausdrücklich keinerlei Sanktionen, weil die Aufrechterhaltung der Landbrücke auch im EU-Interesse ist. Die Seefracht ist aber weiter außer Takt. Die Lockdowns in China haben zu Staus und langen Wartezeiten in den dortigen Häfen – speziell in Schanghai – geführt. Aktuell stauen sich die Containerschiffe vor allem in der Nordsee. Wann wir bei den weltweiten Lieferketten wieder von Normalität sprechen können, ist leider nicht absehbar.

Die Debatte über eine Diversifizierung über China hinaus nimmt weiter Fahrt auf. Welche Entwicklungen halten Sie für wahrscheinlich und welche Anfragen erreichen Sie hierzu aus der Industrie?

Markus Bangen: Es ist inzwischen Konsens, dass wir alle, Wirtschaft und Politik, zu blauäugig im Umgang mit China waren und vorhandene Warnungen ignoriert haben. Die aktuelle Diskussion ist mir aber zu einseitig, denn es herrscht weiter eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen Europa und China, wo es seit vielen Jahren einen wirtschaftlichen Aufschwung gibt. Dieser ist ohne Europa unmöglich. Der Fehler, alle Eier in einen Korb zu legen, wird uns künftig nicht mehr passieren, weder bei der Energiepolitik noch bei den Produktions- und Handelsketten. Wir werden in den nächsten Jahren eine zunehmende Diversifizierung erleben und müssen Globalisierung endlich vollausgerollt denken. Das heißt also nicht, dass wir Produktionsstätten in großem Maße nach Europa zurückholen, dafür sind wir einfach zu teuer. Aber viele Unternehmen werden anstelle von drei Fabriken in China vielleicht nur noch eine in China, eine in Indonesien und eine in Malaysia bauen – oder in Afrika oder Südamerika. Genau hierzu erreichen uns derzeit Kundenanfragen. Es geht um die Frage der logistischen Anbindbarkeit möglicher neuer Standorte, Fragen der Anbindung über regionale Hubs wie z. B. Singapur an den globalen Container-Seetransport abseits der bisherigen „Rennstrecken“ von/nach China.

Neue Köpfe im OAV-Netzwerk

Wir begrüßen den neu ernannten Botschafter aus Neuseeland und den deutschen Vertreter in Indien in ihren neuen Positionen.



CRAIG JOHN HAWKE

Ambassador of New Zealand to Germany

Craig Hawke is a senior New Zealand diplomat with experience across foreign, trade and development policy. He is currently New Zealand's Ambassador to Germany and Ambassador-Designate to Switzerland, Czech Republic and Liechtenstein.

Prior to this appointment, Mr Hawke was New Zealand's Permanent Representative and Ambassador to the United Nations, New York, 2017-2021. During his tenure, he served as Vice President on the UNICEF Board in 2021. His multilateral experience also includes a two-year appointment as the United Nations Development Programme's (UNDP) Principal Adviser, Small Island Development States (SIDS), in New York, 2015-2016.

Before his UN assignment, Mr Hawke was Acting Secretary of the Ministry of Foreign Affairs and prior to this, Deputy Secretary, International Development 2013-2014. In the latter role he was the Foreign Ministry's chief adviser on Pacific and International Development Cooperation issues. He has held a variety of other roles within the Foreign Ministry including Chief Operating Officer – International Development, and he has headed the Multilateral and Humanitarian Division, and the Pacific Division at the Foreign Ministry. He has also worked on Africa, Asia, and environment issues during his career.

His other offshore assignments have primarily been in the Asia-Pacific region. He was New Zealand's Deputy Ambassador in Samoa, 1998-2001, and First Secretary at New Zealand's Embassy in the Republic of Korea, 1993-1996. He served in the New Zealand Trade Minister's Office as Private Secretary from 1997-1998, and was seconded to the Australian Foreign Ministry in 1991 working on trade and Latin American issues.

Mr Hawke has a Master's Degree in Social Sciences and Economics from the University of Waikato, Hamilton, New Zealand.



Dr Philipp Ackermann

Ambassador of Germany to India

has been Germany's Ambassador to the Republic of India since 24 August 2022. He is very happy to come back to India after 12 years and has good memories of Delhi. Ackermann studied art history and economics in Bonn, Heidelberg and Utrecht, and received his doctorate in art history in 1993. That same year he joined the German Foreign Service. His overseas postings include Rabat and New York, where he worked at the German mission to the UN. From 2006 to 2007, he headed the German Provincial Reconstruction Team in Kunduz, Afghanistan. Between 2007 and 2010, he served as political counsellor in New Delhi. He was Deputy Head of Mission in Washington DC from 2014 to 2016.

In Berlin, he worked between 2002 and 2006 in the offices of Federal Foreign Ministers Joschka Fischer and Frank-Walter Steinmeier. From 2010 to 2014 he held the position as Head of Task Force Afghanistan-Pakistan in the Federal Foreign Office and as Deputy Special Representative for Afghanistan and Pakistan. Before being assigned to his current job, he was Director General for Africa, Latin America, Near and Middle East at the Federal Foreign Office for five years. Philipp Ackermann is looking forward to deepening the strategic relations between Germany and India in all areas and he is enthusiastic to explore more of incredible India.

Bücherschau: Entferntes und nahes Vietnam

Nicht nur für den südostasiatischen Raum lässt sich sagen, dass die Verbindungen Deutschlands zu Vietnam die intensivsten und vielschichtigsten Beziehungen zu einem asiatischen Land in der jüngeren Geschichte sind. Der Grund hierfür liegt im Kalten Krieg, bei dem den beiden deutschen Staaten zunächst zwei vietnamesische Staaten gegenüberstanden. In einem faktenreichen Buch werden die einzelnen Verknüpfungslinien detailliert nachgezeichnet. Von Daniel Müller, OAV

Beim Werk des Zeithistorikers und Journalisten Andreas Margara handelt es sich um eine überarbeitete Dissertationsschrift, was dem Leseindruck trotz vieler Fußnoten aber weder bei Stil noch Inhalt abträglich ist. In separaten Kapiteln und auf Basis diverser Quellen, wie etwa auch der OAV-Jahresberichte, werden die jeweiligen Muster und Motive der Zusammenarbeit vonseiten der BRD und der DDR erkundet. Vor dem eigentlichen Beginn der Annäherung in Gestalt des US-Vietnamkrieges gab es die Episode des Dienstes von Deutschen in der französischen Fremdenlegion. Diese stellten im Indochinakrieg von 1946 bis 1954 rund die Hälfte der Soldaten, wobei eine größere Zahl von ihnen zur Unabhängigkeitsfront Viet Minh überlief, wo sie hohe Posten einnahmen. Für deutsche Medien war dies Anlass, vermehrt über Südostasien zu berichten.

In Deutschland Ost und West ähnlich war dann, dass die großen Leiden des Vietnamkrieges Empathie, konkrete Hilfsbereitschaft und auch Proteste hervorriefen. Dabei mag, wie Margara anführt, auch das gemeinsame Schicksal der Staatsteilung eine Rolle gespielt haben. Während es jedoch in Westdeutschland einen Mix aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Unterstützung gab, nutzte die DDR-Führung die Solidaritätskampagnen stets auch zur Selbstlegitimation. Staatliche Abkommen zum Lernen und Arbeiten in der DDR gab es schon ab den 1950er-Jahren. Während des Krieges verlegte man sich im Westen auf durchaus öffentlich publik gemachte humanitäre Hilfe, etwa durch das Hospitalschiff MS Helgoland in Südvietnam. Ost-Berlin setzte dagegen auf medizinischen, propagandistischen und militärischen Beistand.

Nach Kriegsende und der vietnamesischen Wiedervereinigung 1976 gab es eine Fortsetzung des deutsch-deutschen Engagements. Auf DDR-Seite ragte dabei der Wiederaufbau der zerstörten nordvietnamesischen Hafenstadt Vinh zur sozialistischen Modellstadt heraus. Der heute sichtbarste Ausdruck der deutsch-vietnamesischen Verbindungen, die



Präsenz einer vietdeutschen Community, ist die Folge von aufeinanderfolgenden Migrationsbewegungen in beide deutsche Staaten, die zu einer heterogenen Zusammensetzung der Diaspora geführt haben. Einerseits hat von 1979 bis 1982 ein privates Hilfskomitee unter Leitung von Rupert Neudeck mit seinem Schiff Cap Anamur rund 10.000 „Boat People“ in die BRD gebracht, wo sie meist als Kontingentflüchtlinge Aufnahme fanden. Andererseits hat die DDR ab 1980 insgesamt 80.000 Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen aus Vietnam angeworben.

Nach dem Mauerfall sahen sich die Vertragsarbeitenden in einer prekären, durch rechtliche Unsicherheit und Stigmatisierung geprägten Lage, in der viele sich mit selbstständiger Arbeit durchschlugen. Mit der steigenden Bedeutung Vietnams als wirtschaftlichem und politischem Partner und einer als „leise Musterschüler“ geltenden neuen Generation von Vietdeutschen wurde zuletzt ein neues Kapitel des bilateralen Verhältnisses eröffnet. Letztere wünscht sich heute eine komplexere Wahrnehmung und möchten ihre spezifischen Erfahrungen einbringen.

Ob nun, wie Margara zum Schluss meint, für die deutsche Bereitschaft zur Unterstützung Vietnams die traumatischen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg entscheidend waren, sei dahingestellt. Bei seinem Buch handelt es sich in jedem Fall um eine wahre Fundgrube zum Verlauf der doppeldeutsch-vietnamesischen Geschichte.

Andreas Margara

Geteiltes Land, geteiltes Leid: Geschichte der deutsch-vietnamesischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart, regiospectra Verlag, Berlin, 29,90 Euro
ISBN: 978-3-947729-62-3



Quad, AUKUS & Co. – welchen Zweck haben die neuen Bündnisse im Indopazifik?

Keine Frage: Die zentrale Arena der Großmächtekonkurrenz zwischen den USA und China ist der Indopazifik-Raum. Schon jetzt ist absehbar, dass dieser geopolitische Wettbewerb die Großregion nachhaltig prägen und auch bedeutende wirtschaftliche Folgen haben wird. Zu den disruptiven Veränderungen gehören auch neue, bevorzugt in Akronymform daher kommende Allianzen und Partnerschaften, deren genaue Ziele und Perspektiven nicht ganz leicht einzuordnen sind.

Primärer Treiber der einzelnen Initiativen sind klar die USA, die – trotz diverser Kooperationsversuche – letztlich eine Eindämmung eines aus ihrer Sicht expansiven Chinas anstreben. Dafür soll eine möglichst breite Gegenkoalition gebildet werden. Hiermit deutet sich das Entstehen einer bipolaren, also auf zwei Pole ausgerichteten Weltordnung an. Diese steht in markantem Kontrast zur multipolaren Ordnung, von deren Bildung etwa die Bundesregierung ausgeht. Unabhängig von der Frage, ob eine bipolare Welt nicht womöglich die höhere Stabilität verspricht, bedeutet dies für die Indopazifik-Staaten, dass sie sich trotz teils starkem Widerstreben zunehmend für einen der beiden Pole entscheiden müssen. Hier ist der Ukrai-

ne-Krieg für die USA insofern förderlich, als Chinas Parteinahme für Russland bei vielen Staaten der Region für große Irritationen gesorgt hat. China fasst die Koalitionsbildung seinerseits als Akt der feindlichen Einkreisung auf und reagiert mit dem Versuch, alternative Strukturen zu schaffen, um zumindest sein Ziel einer regionalen Hegemonie zu erreichen. Instrumente hierfür sind allem voran die BRI-Initiative, das BRICS-Format oder der Ausgriff in den Südpazifik. Für den Zustand der Beziehungen beider Länder spielen die neuen US-dominierten Abkommen eine wichtige Rolle.

Abes Nachlass

Am Anfang der aktuellen Welle neuer Bündnisse stand das Konzept eines

„Free and Open Indo-Pacific“ (FOIP), das der frühere japanische Premier Shinzo Abe im Jahr 2007 erstmals mit der Formulierung vom „Zusammenfluss zweier Meere“ andeutete. Die Rede war vom Indischen und Pazifischen Ozean. Eine Weltregion, die von der Ostküste Afrikas bis in den Südpazifik reicht, in der die Hälfte der Weltbevölkerung lebt und die als begehrte Wachstumsregion und somit als das neue Herzstück der globalen Ordnung gelten kann. Zugleich bündeln sich dort viele Probleme, die von Piraterie über Naturkatastrophen bis zur Gefahr von militärischen Konflikten reichen. Aus Abes Sicht ging es vor allem darum, die komplexen Beziehungen zum wichtigen Wirtschaftspartner China möglichst beherrschbar zu halten,

indem man das Land in ein Normenkorsett einbindet und bspw. gemeinsame Infrastrukturprojekte unternimmt. Die Vagheit des Grundkonzeptes führte später dazu, dass die konkreten Indopazifik-Strategien mehrerer Akteure, wie die der USA von 2017, unterschiedliche und widersprüchliche Schwerpunkte enthielten. Auch Deutschland und die EU haben entsprechende Papiere vorgelegt. All diese Strategien kreisen um die Frage, wie ein rationaler Umgang mit China aussehen kann, der Chancen nutzt, eigene Interessen schützt und Eskalationen vermeidet. Nicht nur für Japan, das einen Taiwan-Konflikt jüngst als Bedrohung für die nationale Sicherheit definiert hat, lässt sich sagen, dass dieser Spagat zuletzt noch schwieriger geworden ist. Im Ergebnis stehen nun weniger ökonomische als vielmehr sicherheitspolitische Facetten im Fokus. Bleiben wird, dass es Abe gelungen ist, den geopolitischen Bezugsrahmen von „Asien-Pazifik“ in „Indopazifik“ zu ändern.

Schlüsselland Indien

Ebenfalls 2007 war es wiederum Abe, der die Führungen von Australien, Indien und den USA überzeugte, sich zu einem informellen Quadrilateral Security Dialogue (Quad) zu vereinigen, um eine Sicherheitsarchitektur für den Indopazifik anzustreben. Ein zentrales Ziel ist dabei, freie Seewege zu garantieren, was einleuchtet, da durch die Region die wichtigsten Seehandelsrouten und Lieferketten der Welt verlaufen. Zuerst kam es nur zu einem Treffen. Da China opponierte, zog sich Australien zurück, das seine engen Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik nicht gefährden wollte. Auch die anderen Staaten nahmen vorerst von der Idee Abstand. Während der Trump-Präsidentschaft erfuhr die Quad im November 2017 am Rande eines ASEAN-Gipfels in Manila eine Wiederbelebung. Zunächst nur auf Ebene der Unterabteilungsleiter angelegt, folgten regelmäßige Treffen auf allen Hierarchiestufen. Die Biden-Administration stärkte das Gewicht der Quad, indem sie im September 2021 den ersten Quad-Gipfel organisierte. Die Relevanz der Gruppe ergibt sich speziell aus dem Einbezug Indiens als geopolitischem Schlüsselland, das sowohl eigene Kapazitäten als auch sehr eigene interna-

tionale Ambitionen besitzt und dessen Grenzkonflikte mit China immer wieder aufflammen. Zudem beansprucht die Quad-Gruppe die Definitionsmacht, wer zur Indopazifik-Region gehört und was der Modus für die Zusammenarbeit sein soll. Da die Gruppe im Detail durchaus divergente Ziele verfolgt, liegt die größte Schnittmenge in einem Containment Chinas. Kritisiert wird die Quad dafür, dass sie nur einen „minilateralen“ Ansatz hat, statt einen breiteren regionalen Sicherheitsansatz zu verfolgen. Verteidiger betonen, dass sich die Quad schon gewandelt und die Agenda erweitert hat und die Gruppe bereit ist, mit anderen Staaten zu kooperieren. Womöglich wird aus der Quad durch einen diskutierten Beitritt Südkoreas künftig eine Quint.

Was will Australien?

Noch enger ist der Zuschnitt beim nach geheimen Verhandlungen am 16. September 2021 verkündeten trilateralen Sicherheitspakt AUKUS, dem Australien, das United Kingdom und die USA angehören. Formal ist es eine Kooperation im Bereich der Verteidigungstechnologie, bei der Australien mindestens acht neue atomgetriebene U-Boote aus amerikanischer oder britischer Produktion erhält. Hinzu kommt die Zusammenarbeit bei der Cyber-Abwehr, künstlicher Intelligenz, Quantentechnologien und Unterseekriegsführung. Dafür ist Australien von einem Kaufvertrag für konventionelle französische U-Boote zurückgetreten, was starke diplomatische Proteste Frankreichs auslöste. Neben rein technischen Kalkülen wie einer höheren Reichweite war für die damalige konservative Regierung Australiens maßgeblich, dass bei einem Konfliktfall im Indopazifik wohl kein militärischer Beistand von Frankreich und der EU zu erwarten ist. Dass man die diplomatischen Turbulenzen in Kauf nahm, wurde mit dem Ende einer ausgewogenen Politik zu den USA und China erklärt. Die neue Labor-Regierung von Anthony Albanese will jedoch die Beziehungen zu China verbessern, sodass der Pakt in der Kritik steht. Neben der Sorge, einen Konflikt mit China eher zu fördern, wird moniert, dass sich Australien mit AUKUS von den USA abhängig macht. Der Quad-Partner Indien unterstützt indes das Projekt. Dies zeigt, wie schwer

sich die Länder der Region mit folgenreichen Festlegungen tun.

Wo bleibt die Wirtschaft?

Der Biden-Regierung ist klar, dass eine nachhaltige Bindung potenzieller Partner ohne eine attraktive ökonomische Komponente sehr schwierig ist. Um mit dem neuen Präsidenten Südkoreas Yoon Suk-yeol zu sprechen: „Economy is security, security is economy“. Dieses Manko gilt umso mehr, als die USA 2017 aus der zuvor von ihnen forcierten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ausgestiegen sind, die nun als TPP-11 weiterlebt und für die China die Aufnahme beantragt hat. Bei einem Event in Tokio am 23. Mai 2022 gaben Biden und seine Amtskollegen den offiziellen Startschuss für das Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF). Auch hier ist das Ziel, Chinas Wirtschaftsmacht etwas entgegenzusetzen. Die 14 IPEF-Mitglieder stehen für 40% der Weltwirtschaft und 28% des Welthandels. Das Projekt steht auf vier Säulen: Handelsthemen, resiliente Lieferketten, saubere Energien, Korruptionsbekämpfung. Den Mitgliedern steht offen, an welchen Säulen sie sich beteiligen. IPEF ist kein Handelsabkommen wie etwa RCEP, weil die USA aus innenpolitischen Gründen keinen Marktzugang in Form von Zollsensenkungen gewähren wollen. Deshalb hat Indien schon erklärt, sich nicht an der Handelssäule zu beteiligen. Vielmehr läuft IPEF auf einen strategischen Handel hinaus, bei dem die USA selektiv eine industriepolitische Kooperation in zentralen Sparten anbieten. Auch wenn die USA erkennbar Probleme bei der Koalitionsbildung haben, spricht insgesamt viel dafür, dass wir künftig eine geopolitisch grundierte Globalisierung sehen werden, bei der immer auch sicherheits- und allianzpolitische Fragen mitbedacht werden müssen.

→ Zum Autor:



Daniel Müller
ist Regionalmanager
ASEAN beim OAV;
mueller@oav.de

Interview: „Durch Diversifizierung können wir die Resilienz unserer Wirtschaftsbeziehungen stärken“

Die Häufung mehrerer Krisen fordert die deutschen Unternehmen und die deutsche Politik wie kaum zuvor heraus. Dabei erscheint gerade der Indopazifik-Raum als Zentrum der künftigen geopolitischen Konkurrenz. Zugleich liegen dort noch viele Wachstumschancen, die ergriffen werden müssen, um weiter wettbewerbsfähig zu bleiben. Hinzu kommt die Forderung nach Nachhaltigkeit und ethischem Agieren. Wie kann all das zusammengehen? Darüber haben wir mit dem Bundeswirtschaftsminister und dem OAV-Vorsitzenden gesprochen.

Herr Minister, Herr Stepken, die Globalisierung schwächelt nun schon seit einigen Jahren. Handelskriege, Brexit, pandemiebedingte Unterbrechungen der Lieferketten, zuletzt Lockdowns in China, der Ukraine-Krieg und der sich zuspitzende Taiwan-Konflikt – was glauben Sie, in welche Richtung entwickeln sich die globalen Wirtschaftsbeziehungen?

OAV-Vorsitzender Axel Stepken:

Wir stehen vor der Tatsache, dass eine Reihe von Regierungen glaubt, dass die aktuelle Weltordnung den Interessen ihrer Länder nicht mehr dient. Daher ist zu befürchten, dass es zu mehr Konflikten kommt, auch auf ökonomischen Feldern wie Handel, Rohstoffen, Finanzen, Technologien und Daten. Die USA-China-Konkurrenz ist sicher das größte Risiko. Die unter Druck geratenen weltwirtschaftlichen Verbindungen lassen das Szenario einer Deglobalisierung aufscheinen. Zugleich sind die Vorteile der inter-

nationalen Arbeitsteilung so evident und die Staaten so auf deren Erträge angewiesen, dass ich eine umfassende Entflechtung für unplausibel halte. Was aber zunehmen wird, ist das Bestreben von Staaten, diese Verbindungen für ihre strategischen Ziele zu manipulieren. Hierauf müssen wir auch als Unternehmen Antworten finden, die eine höhere Resilienz und eine ausbalanciertere Globalisierung ermöglichen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck:

Deutschland ist ein Exportland und damit stark mit internationalen Märkten verflochten. Daher brauchen wir eine transparente verlässliche globale Handelsordnung, denn ohne klare Regeln geht es nicht. Die Corona-Krise, die Klimakrise und jetzt der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der Ukraine haben uns klar vor Augen geführt, wie verletzlich auch unsere Volkswirtschaft ist. Gewinnstreben auf Kosten der Umwelt kann unser aller Existenz bedrohen. Exzessive Spezia-

lisierung mag die Effizienz maximieren, erzeugt aber gefährliche Abhängigkeiten. Wenn diese Herausforderungen nicht angegangen werden, entstehen hohe Risiken. Wir müssen daher die globale Handelsordnung reformieren, damit Handel zum Motor für Resilienz und Nachhaltigkeit werden kann.

Es besteht Konsens, dass Deutschland sein exportorientiertes Wirtschaftsmodell beibehalten soll. Zugleich sollen Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Vorprodukten und einzelnen Absatzmärkten reduziert werden. Zudem sollen demokratische Werte geschützt und Nachhaltigkeitsaspekte größere Beachtung erfahren. Wie kann dieser Spagat gelingen?

Habeck: Durch Diversifizierung können wir die Resilienz unserer Wirtschaftsbeziehungen stärken. Gleichzeitig kann und muss auch die Handelspolitik zur Erreichung von drängenden Nachhaltigkeitszielen beitragen, etwa



Prof. Dr. Axel Stepken, Vorstandsvorsitzender TÜV Süd AG und Vorsitzender des OAV.



Robert Habeck, Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesrepublik Deutschland.

in den Bereichen Arbeit, Umwelt und Klima. Das ist insbesondere dann kein Spagat, wenn wir uns dabei auf multilaterale Nachhaltigkeitsstandards, wie das Übereinkommen von Paris, die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Übereinkommen über die biologische Vielfalt beziehen. Wir unterstützen die Europäische Kommission deshalb darin, Nachhaltigkeitsaspekte entsprechend in EU-Handelsabkommen und im Allgemeinen Präferenzsystem angemessen zu verankern. Zudem unterstützen wir die Weiterentwicklung und Ausrichtung der Welthandelsorganisation am Übereinkommen von Paris und den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Diese Aspekte werden auch bei der Exportförderpolitik der Bundesregierung berücksichtigt.

Stepken: Sinnvoll ist ein Ansatz, der von einer realistischen Lagebewertung ausgeht und daraus effektive Maßnahmen ableitet, ohne sich in einer schlichten „Realpolitik“ zu erschöpfen, die nur noch enge nationale und Firmenziele

verfolgt. Denn wir sollten unbedingt vermeiden, Abkopplungstrends zu forcieren, die für uns hohe Wohlstandsverluste bedeuten würden. Am besten kann dies gelingen, indem man versucht, Beiträge zum Erhalt der multilateralen liberalen Ordnung zu leisten. Dass dafür eine größere Aktionsfähigkeit Europas nötig ist, liegt auf der Hand. Auch sollten wir noch intensiver das Gespräch mit den Partnern in Asien suchen und deren Interessen besser einbeziehen, ohne unsere demokratischen und sozialen Werte zu verleugnen. Das ist sicher nicht einfach, aber mit Kompromissen machbar, die berücksichtigen, dass andere Systeme von außen schwer änderbar sind. Hierfür sollten wir alle verfügbaren Foren nutzen.

Das Gebot der Stunde lautet Risikoreduktion durch Diversifizierung. Welche Volkswirtschaften können dabei eine wichtige Rolle spielen und welche zusätzlichen staatlichen Ansätze könnten helfen, hier zu Fortschritten zu gelangen?

Stepken: Generell gilt: Wir müssen zügig unsere strategischen Allianzen erweitern, auch um bislang ungenutzte Potenziale zu erschließen. Dies dürfte mit Ökonomien, die unsere Wertebasis und Wirtschaftsweise teilen, am einfachsten sein. In Asien sind dies Japan, Südkorea, Australien, Taiwan, Indonesien und Singapur. Dazu könnten wir definieren, mit welchen Staaten wir in welcher Intensität kooperieren wollen und müssen. Hierzu gehören Indien, Thailand, Vietnam, Malaysia und Bangladesch. Wichtig scheint mir eine Differenzierung nach Beschaffung sowie Absatz und Produktion vor Ort. Klar ist aber, dass eine substantielle Diversifizierung ein schwieriges Vorhaben ist. Die Änderung der deutschen Besuchtsdiplomatie war ein wichtiges Signal, aber ich glaube, wir müssen genereller über eine Anpassung der Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung bis hin zu speziellen Programmen reden. In den Partnerländern könnte man mit neuen Technologien und Fertigungsverfahren und durch gezielte

Infrastrukturprojekte Entwicklungspotenziale fördern. Auch der Abschluss neuer Handelsabkommen ist ein zentraler Baustein.

Habeck: Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie fragil globale Lieferketten sein können und wie groß die Abhängigkeiten von einzelnen Handelspartnern zum Teil sind. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass enge wirtschaftliche Verflechtungen mit autokratisch regierten Ländern im Konfliktfall besondere Risiken für die geopolitische Handlungsfähigkeit und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands bergen können. Deshalb ist es wichtig, unsere Handels- und Lieferbeziehungen in der Breite umfassend zu diversifizieren, um zu starke Abhängigkeiten reduzieren. Dabei ist es jedoch auch wichtig, dass uns allen bewusst ist: grundsätzlich bleibt es Aufgabe und Eigeninteresse der Unternehmen, Lieferketten mit Blick auf mögliche Risiken zu bewerten und ihre Wertschöpfung resilient zu organisieren und zu diversifizieren. Mein Ministerium prüft aktuell, wie dieser Prozess bestmöglich begleitet werden kann. Hierzu sind wir auch mit unseren Wertepartnern in der Region Asien-Pazifik in regelmäßigem Austausch. Nur gemeinsam können wir uns dieser Aufgabe annehmen.

Eine besondere Herausforderung ist die Neujustierung der Beziehungen zur VR China. Welche Ziele sollten dabei verfolgt werden und mit welchen Ansätzen können diese am ehesten erreicht werden?

Stepken: Gerade bei China ist die Haltung richtig, dass eine Entkopplung nicht wünschbar und kontra-

produktiv ist. Dies gilt auch für den sicherheitspolitischen Bereich, da ein wirtschaftliches Decoupling auch die dortigen Risiken erhöhen würde. Worum es gehen sollte, ist eine Reduktion von strategischen Abhängigkeiten zu erreichen und dabei weiter an der Dynamik des chinesischen Marktes teilhaben zu können. Hier das richtige Maß zu finden ist ebenfalls nicht leicht. Um China zur Mitarbeit bei den vielen Weltproblemen zu bewegen, sollte primär bei dessen Eigeninteressen angesetzt werden. So werden die Folgen des Klimawandels auch in China immer klarer. Dort hat etwa die Hitzewelle im Sommer wegen Strommangels zu ernststen Produktionsproblemen geführt. Es bestehen gute Chancen, den schon begonnenen Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik für gemeinsame Initiativen zu nutzen, woraus auch neue Geschäftschancen entstehen können. Man sollte zudem darauf achten, dass durch die steigenden Konflikte mit China die Institutionen zum Management der Weltwirtschaft nicht irreversibel beschädigt werden.

Habeck: Es geht letztlich darum, die Beziehungen zu China so zu gestalten, dass sich langfristige positive Rückwirkungen auf Deutschland und die EU ergeben. Die EU hat angesichts der wachsenden Komplexität in den Beziehungen zu China bereits 2019 von einer Partnerschaft des Wettbewerbs und der Rivalität gesprochen. Seither hat sich das Gewicht leider weiter in Richtung Systemrivalität verschoben – als Beispiele seien die erschütternde Menschenrechtssituation in Xinjiang, die militärischen Drohgebärden gegenüber Taiwan oder die Ausübung wirtschaftlichen Zwangs gegenüber Litauen genannt. Daher müssen wir

China hier klar in die Pflicht nehmen und auch im asiatischen Raum gilt, dass wir eine breitere Diversifizierung brauchen und wir kritische Abhängigkeiten konsequent reduzieren müssen. Wo möglich und nötig, werden wir diesen Prozess politisch unterstützen. Daneben nutzen wir die Weiterentwicklung unseres handelspolitischen Instrumentariums, um fairen Wettbewerb zu garantieren und Reziprozität beim Marktzugang zu verbessern.

Welche Rolle können Deutschland und die EU künftig in Asien-Pazifik spielen, wenn dort ein deutlich engagierterer Umgang mit digitalen und Zukunftstechnologien zu beobachten ist?

Stepken: Ich bin überzeugt, dass wir als Deutschland und EU auch in einem „indo-pazifischen Jahrhundert“ eine relevante Rolle spielen können. Dafür muss Deutschland aber insbesondere in puncto Digitalisierung und Innovationsförderung im internationalen Vergleich aufholen. Das Streben nach technologischer Souveränität inklusive von Deeptech-Innovationen ist essenziell. Wir brauchen dringend neue Produktivitätsfortschritte, um in Anbetracht der anhaltenden politischen und ökonomischen Gewichtsverlagerung in diese Weltregion weiter als attraktiver Partner zu gelten und so an der dortigen Wohlstandsmehrung teilhaben zu können. Auch politisch können wir relevant bleiben, wenn wir initiativ versuchen, zur Lösung der vielen regionalen Herausforderungen und Konflikte beizutragen. Deshalb hielte ich es auch für einen großen Fehler, wenn wir wegen der enormen Herausforderungen im europäischen Umfeld unser Engagement in der Asien-Pazifik-Region vernachlässigen würden.

Für die aktuelle Bundesregierung sind Ökologie und Klimaschutz prioritäre Anliegen. Welche diesbezüglichen Bedarfe und Potenziale machen Sie hier in der Asien-Pazifik-Region aus und welche Möglichkeiten sehen Sie für deutsche Unternehmen, an diesen zu partizipieren?

Habeck: Viele Länder in der Asien-Pazifik-Region beziehen einen großen Teil ihrer Energie aus der Kohleverstromung und planen sogar, diese mit dem Bau von neuen Kohlekraftwerken auszuweiten. Für die Bundesregierung ist es ein Kernanliegen, diese Länder beim Ausbau erneuerbarer Energien und gleichzeitig beim Kohleausstieg zu unterstützen. Die Bundesregierung beteiligt sich daher im Rahmen multilateraler und bilateraler Projekte. Deswegen haben wir gemeinsam mit den anderen G7-Staaten sogenannte Just Energy Transition Partnerships (JETPs) ins Leben gerufen. JETPs zielen darauf ab, Schlüsselländer u.a. in der Asien-Pazifik-Region, die sich zu einer Steigerung ihrer Klimaschutzambition im Einklang mit einem 1,5°C-kompatiblen Pfad bekennen (Indien, Indonesien und Vietnam), bei der beschleunigten, sozial gerechten Transformation in Richtung Klimaneutralität zu unterstützen. In der Praxis werden mehrere große Geberländer ihre Ressourcen zusammenlegen und gemeinsam mit dem jeweiligen Zielland den Dialog aufnehmen. Deutsche Unternehmen sind für JETPs wertvolle Partner, weil sie technisches Wissen und praktische Erfahrungen aus der Umsetzung der deutschen Energiewende mitbringen. Darüber hinaus setzt die Bundesregierung u.a. ihre Entwicklungszusammenarbeit sowie die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) ein, mit der wir in der Region ein großes Portfolio an

Projekten zum Klima- und Biodiversitätsschutz fördern. Bilaterale Energiepartnerschaften und -dialoge, die mit vielen Partnerländern etabliert sind, bilden hier ein wichtiges Bindeglied. Die bilateralen Energiepartnerschaften und -dialoge verknüpfen hochrangigen politischen Austausch zur Energiewende mit angewandter, zielorientierter Projektarbeit. Die Einbindung und Förderung der deutschen Wirtschaft im Ausland wird dabei ausdrücklich verfolgt. Mittlerweile unterhält das BMWK Energiepartnerschaften und -dialoge mit mehr als 20 Partnerländern weltweit. Vor allem in den Bereichen Solar- und Windenergie, Wasserstoff und Energieeffizienz gibt es Potenzial, um unternehmerisches Engagement in der Region auszubauen.

Kriterien der Nachhaltigkeit sollen auch in der Handelspolitik künftig eine zentrale Rolle spielen. Angesichts der Tatsache, dass Europas Investitionen und Anteil am globalen Handel eher sinken – lässt sich diese Maßgabe durchhalten oder müssen nicht vielmehr Kompromisse gemacht werden?

Habeck: Die Förderung und Erreichung von Nachhaltigkeitszielen sind die zentralen Herausforderungen unserer Zeit, der wir gemeinsam mit unseren Partnern in der Welt konstruktiv und kooperativ begegnen wollen. Arbeits-, Umwelt- und Klimapolitik stehen hier im Fokus, aber auch die Handelspolitik und weitere Politikbereiche tragen kohärent bei. Wir sehen darin keinen Widerspruch, im Gegenteil: Handelspolitik muss zu Marktöffnung für mehr Diversifizierung und Resilienz beitragen, gleichzeitig ist sie aber auch ein wichtiger Hebel, mittels dessen multilaterale Nachhaltigkeitsstandards aktiv geför-

dert werden können, etwa durch positive Anreize, verstärkte Zusammenarbeit mit unseren Partnern, engere Einbindung der Zivilgesellschaft und als Ultima Ratio eine wirksame Durchsetzung von getroffenen Vereinbarungen. Es ist dieser integrierte Ansatz, der das Potenzial hat, eine breite Unterstützung für eine ehrgeizige und handlungsfähige EU-Handelsagenda sicherzustellen, gerade mit Blick auf ehrgeizige bilaterale Handelsabkommen mit Partnern in den Regionen Lateinamerika und Indo-Pazifik.

Stepken: Zunächst ist die Einsicht zentral, dass wir für eine gewünschte und nötige Diversifizierung unserer Import- und Absatzmärkte neue Handelsabkommen mit großen und mit kleineren Partnern benötigen. Hier braucht es eine höhere Schlagzahl, die in Berlin und in Brüssel inzwischen auch zu erkennen ist. Die EU ist zwar noch ein Hauptakteur im Welthandel und wir unterstützen auch das Ansinnen, Nachhaltigkeit zu einer Norm im globalen Handel zu machen – aber angesichts des anhaltenden ökonomischen Aufstiegs Asiens und der Zunahme asiatischer handelspolitischer Macht etwa durch RCEP sollte die Verknüpfung der Handelsagenda mit sog. non-trade issues mit großem Augenmaß geschehen, um den Abschluss von Abkommen nicht zu verunmöglichen. Zudem sollten wir darauf achten, dass wir einer zu befürchtenden Bildung von Handelsblöcken u.a. infolge von für viele Länder kaum zu erfüllenden Auflagen keinen Vorschub leisten, auch wenn die verfolgten politischen, sozialen und Umweltziele fraglos eminent wichtig sind. Ich denke, auch hier steht uns Realismus gut zu Gesicht und sollten wir ein vertretbares Maß an Flexibilität zeigen.

Sri Lanka: Die nächsten Monate sind entscheidend

Auch wenn die deutsche Krisenberichterstattung Sri Lanka nicht mehr erwähnt: Das Inselreich hat die schwerste Wirtschaftskrise noch nicht überwunden. Folgende Indikatoren werden in den nächsten Monaten zeigen, wie schnell eine Erholung möglich ist.

Frieden scheint wieder in Colombo zu herrschen. Spuren der Massendemonstrationen vom Juli sind kaum mehr zu finden. Die kilometerlangen Schlangen vor den Tankstellen sind verschwunden, der Verkehr hat sich wieder normalisiert. Auch Touristen sind wieder auf Colombos Straßen zu sehen, nachdem Länder wie die Schweiz, Frankreich, Norwegen und das Vereinigte Königreich ihre Reisehinweise entspannten. Die Regierung will den Tourismus wieder ankurbeln. „Sri Lanka ist jetzt das sicherste Reiseziel“, sagte Verkehrsminister Gunaawardene, der im Tourismus den schnellsten und günstigsten Weg sieht, um Devisen zu erhalten.

Devisen, insbesondere die Devisenknappheit, sind auf den ersten Blick die größten Herausforderungen für das Land in der historisch schwersten Wirtschaftskrise. Doch bei genauerem Hinsehen sind diese nicht die Ursache, sondern nur ein Symptom einer langjährig fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik. Vielmehr wurde die Krise durch eine unseriöse Haushaltspolitik der Vorgängerregierung unter Präsident Rajapaksa verursacht. Äußere Faktoren, wie die Pandemie oder die Besetzung der Ukraine durch Russland, beschleunigten diese Entwicklung lediglich.

Der frisch gewählte Präsident Rajapaksa setzte 2019 seine populistischen Wahlversprechen um: Er erhöhte trotz internationaler Bedenken Subventionen und kürzte drastisch die Steuereinnahmen. Die Inselnation mit 22 Millionen Einwohnern hatte bereits zuvor Probleme mit niedrigen Steuereinnahmen. Aufgrund der neuen Steuerpolitik schrumpfte innerhalb von zwei Jahren die Zahl der Steuerzahler weiter von 1,5 Millionen auf 412.000 zusammen. Die Corona-Pandemie führte zu weiteren hohen Staatsausgaben mit gleichzeitigen Einnahmeverlusten. Insbesondere der Wegfall des Tourismus als eine der wichtigsten Devisenquelle verschärfte die finanzielle Situation. Die Regierung entschied sich auch in diesem Kontext gegen einen konsolidierten Haushalt, investierte weiterhin in zweifelhafte Großprojekte und versuchte weitere Anleihen aufzunehmen. Daraufhin stuften internationale Ratingagenturen Sri Lanka herab, das Land wurde somit faktisch vom internationalen Kapitalmarkt ausgeschlossen. Die Regierung hielt unbeirrt weiter an ihrer Wirtschaftspolitik von „alternative Economics“ fest und vereinbarte nun Kreditverträge mit Staaten wie China und Indien, begann Geld zu drucken und hielt den Wechselkurs künstlich niedrig. Um den Abfluss von Devisen zu stoppen, wurden Importrestriktionen erlassen, welche die Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigten. Am Ende hatte die Regierung keine Devisen, um die

ausländischen Schulden zu bedienen oder Benzin und Gas zu importieren. Aufgrund der daraufhin aufflammenden Proteste verließ Präsident Rajapaksa fluchtartig das Land.

Dessen Nachfolge trat am 21. Juli der bisherige Premierminister Ranil Wickremesinghe an, ein erfahrener Politiker, der bereits fünfmal das Amt des Premierministers bekleidete. Es obliegt ihm, die bestehende Wirtschaftskrise zu meistern und jahrzehntealte Reformstaus zu lösen.

An erster Stelle steht eine Einigung mit den internationalen Schuldnern. Vor allem mit China, das laut Medienberichten einen Anteil von mehr als 50% der Schulden hat. Diese Einigung wird aber auch von, zum Teil schmerzhaften, Reformmaßnahmen im Land abhängen. Hier sind erste Erfolge sichtbar: Die Regierung hat bereits Subventionen gestrichen und Steuern erhöht. Der Verkauf von Staatsunternehmen wie SriLankan Airlines ist geplant. Andere Staatsunternehmen werden reformiert oder müssen mit dem Ende ihrer Monopolposition rechnen. Das Land zählt mehr als 1,5 Millionen Beamtinnen und Beamte, deren Zahl die Regierung auf 500.000 zu reduzieren beabsichtigt. Mit derartigen Maßnahmen sollte eine Schuldenreform möglich und das Land vorerst stabilisiert sein.

Für den langfristigen Erfolg sind allerdings grundlegende Reformen notwendig. Hoffnungsvoll stimmen da die Aussagen des Präsidenten Ranil Wickremesinghe. Mit Blick auf den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland will er dieses Erfolgsmodell auch in Sri Lanka etablieren: „Die Grundlagen werden vorbereitet, um den Mittelstand wiederzubeleben. Durch eine soziale Marktwirtschaft werden die Erfolge gerecht auf die gesamte Gesellschaft verteilt.“ Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung grundlegende Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Land erreicht. Eine unabhängige Zentralbank, ein freier Währungskurs, ein schlagkräftiges Kartellamt und das Ende der Importrestriktionen sind wichtige Bestandteile eines Reformpaketes, das das Land wieder auf Kurs bringen würde.

→ **Zum Autor:**



Wolfgang Heinze

ist Leiter der Sri-Lanka- und Bangladesch-Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Colombo.

OAV and FC St. Pauli meet Down Under

Am 2. November 2022 besuchte der OAV gemeinsam mit dem australischen Botschafter Philip Green das Millerntor-Stadion. Zu Gast waren außerdem die St. Pauli- und australischen Nationalspieler Jackson Irvine und Conner Metcalfe sowie der Präsident des FC St. Pauli, Oke Göttlich. Moderiert wurde die Veranstaltung von Felix Wenzel, langjährigem OAV-Mitglied sowie Managing Partner der a. hartrodt (GmbH & Co) KG.



Der Austausch im Millerntor-Stadion stand ganz im Zeichen der deutsch-australischen Partnerschaft: auf wirtschaftlicher, politischer sowie kultureller und sportlicher Ebene. Zum Auftakt begrüßte Oke Göttlich den australischen Botschafter und die Gäste in der Congstar-Loge und betonte die Besonderheiten des FC St. Pauli: Die Werte, für die der Verein und die Fans stehen, sowie das Stadion in der Mitte der Stadt, nahe am Hafen. Botschafter Green betonte vor allem die Bedeutung der gemeinsamen Werte Deutschlands und Australiens – und wie wichtig es sei, diese gemeinsam zu vertreten.

Anschließend blickte der Botschafter in die Zukunft, was gemeinsame Ziele und Herausforderungen betrifft und führte aus, Australien wolle künftig eine Supermacht werden – und zwar im Hinblick auf grüne Technologie und Energie. Hierzu gehört vor allem Australiens Vision, künftig weltweit führender Produzent von grünem Wasserstoff zu werden, u.a. mit dem Ziel, insbesondere auch deutsche Unternehmen mit nachhaltig erzeugter Energie zu versorgen. Weiterhin gab Botschafter Green ein Update zu den aktuellen Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Australien, welche insgesamt

gut verlaufen, jedoch einer weiteren Annäherung beider Seiten bedürfen, z.B. im Bereich Agrarwirtschaft. Auch die Spieler des FC St. Pauli kamen zu Wort: Jackson Irvine berichtete dem Botschafter, wie einzigartig es sei, wenn er zu Hell's Bells von AC/DC auf dem Rasen des Millerntors einlaufe. Weiterhin betonten die Spieler die Bedeutung

der Botschaft des australischen Nationalteams, das eine klare und kritische Position zu der Vergabe der WM durch die FIFA nach Katar veröffentlicht hatte. Green sagte, es sei wichtig, die Frage von Menschenrechten weiter zu thematisieren. Der Botschafter fügte scherzhaft – aber auch mit Stolz – hinzu, die beiden St. Pauli-Spieler Connor Metcalfe und Jackson Irvine seien die besten Beispiele für sehr erfolgreiche Exporte aus Australien.

Nach der Gesprächsrunde endete der erste Teil der Veranstaltung und die Teilnehmer*innen machten sich auf den Weg, um das Millerntor zu besichtigen. Botschafter Green präsentierte noch ein Trikot des FC St. Pauli und sagte, seine Suche nach einem Verein in Deutschland, den er unterstützen könnte, sei nun wohl beendet.



Aktuelle geopolitische Entwicklungen in Ozeanien

In der Indo-Pazifik Region findet ein geopolitisches Tauziehen zwischen den USA mit seinen Bündnispartnern und China über künftige Machtverteilung statt. Der Kampf um Einfluss auch im Südwestpazifik wird künftig härter werden.

Seit Kurzem gibt es eine verstärkte Bildung von überlappenden Partnerschaftsnetzwerken unter Führung der USA, alle mit dem Ziel der Eindämmung des Machtanspruchs Chinas im Indo-Pazifik. Dieser US-initiierte „Minilateralismus“-Ansatz führte u.a. zur Schaffung des trilateralen Verteidigungstechnologiepakts Aukus, zur verstärkten Kooperation des Quad-Bündnisses zwischen Japan, Indien, Australien und den USA, einer neuen US-Wirtschaftsinitiative, dem Indo-Pacific Economic Framework (IPEF), mit derzeit 14 Mitgliedsstaaten sowie zur Schaffung eines koordinierenden Netzwerks für die pazifischen Inselstaaten Partners in the Blue Pacific. Vier Vertreter der Indo-Pazifik-Mini-Allianzen waren auch erstmals beim europäischen Nato-Gipfel in Madrid präsent (Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland), was auf künftig stärkere Interaktion zwischen den Indo-Pazifik- und den NATO-Verbündeten der USA hindeuten könnte. Und europäische Staaten wie Deutschland, Frankreich, Niederlande und Großbritannien sowie die EU veröffentlichten in den letzten zwei Jahren ihre Indo-Pazifik-Strategien. Diese betonen die gemeinsame Wertepartnerschaft mit indo-pazifischen Staaten und unterstreichen ihre jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen und Kooperationen in dieser Region. Die europäischen Strategien überlappen zum Teil mit der US-Indo-Pazifik-Strategie, unterscheiden sich aber durch ihre

Inklusion von China sowie Kooperation mit China bei globalen Themen.

Die Ankündigung einer Sicherheitspartnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Australien, AUKUS, im September 2021 signalisierte eine dramatische Verschiebung im geopolitischen Kräfteverhältnis Asiens. Nach halbherzigen US-Erklärungen eines Schwenks nach Asien („Pivot to Asia“) unter der Obama-Administration indiziert diese neue Partnerschaft, gekoppelt mit der neu formulierten amerikanischen Indo-Pazifik-Strategie 2022, eine feste strategische Positionierung der USA im asiatisch-pazifischen Raum. Die Biden-Regierung identifizierte China als größte strategische und militärische Bedrohung und systemische Herausforderung. AUKUS soll u.a. die „Integration von sicherheitsrelevanter Wissenschaft, Technologie, Industriebasen und Lieferketten“ zwischen den drei Partnern stärken. Australien schloss einen Vertrag mit beiden Ländern über acht mit US-Abwehrraketen bewaffneten U-Booten mit atomarem Antrieb. 2014 unterzeichneten die USA und Australien ein Truppenstationierungsabkommen zur verstärkten Rotation von US-Flugzeugen und Stationierung von US-Marines in Australien. Diese sowie militärische Interoperabilität werden durch AUKUS erhöht. Gleichzeitig kündigte Australien abrupt den 66-Milliarden-Dollar-Vertrag über zwölf konventionell angetriebene U-Boote

mit der französischen Naval Group, ein Schritt, der in Frankreich damals für enormen politischen Ärger sorgte. Folgende Gründe gab es für Australien: 1.) historisch enge Militär- und Sicherheitsbeziehungen mit den USA, 2.) die Überzeugung, dass Demokratien einen freien und offenen Pazifik sichern sollten, 3.) parteienübergreifende Wahrnehmung von China als Bedrohung, 4.) Unzufriedenheit über explodierende Kosten und unzureichende Schaffung lokaler Arbeitsplätze durch die Naval Gruppe und 5.) eine widerstandsfähige australische Wirtschaft, die ihre Exportmärkte nach chinesischen Zöllen und Importverboten erfolgreich diversifiziert hatte. Seit 2018 waren Australien und sein größter Handelspartner China in eskalierende Handels- und diplomatische Streitigkeiten verwickelt. Exportdiversifizierung und aktuelle globale Kohle- und Gasknappheit sorgten im rohstoffreichen Australien aber für einen „China-Ausgleich“.

Einige ASEAN-Staaten (Malaysia, Indonesien) hatten Bedenken gegen AUKUS, da es die ASEAN-Zentralität infrage stellen könnte. Pazifische Inselstaaten waren besorgt, dass Australiens nukleargetriebene U-Boote gegen den 1985 unterzeichneten Rarotonga-Vertrag eines nuklearfreien Pazifiks verstoßen könnten.

Ab 2017 begann die Trump-Administration, den Quadrilateral Security Dialogue (QSD, später Quad), eine lockere Staatengruppierung (USA,

Japan, Indien und Australien), wieder zu beleben, um das Konzept eines „freien und offenen Indopazifik“ gegen China voranzutreiben. Ziel war die Einbindung Indiens und Japans in eine amerikanisch geführte Gruppe gleichgesinnter asiatischer Demokratien angesichts wachsender US-China-Spannungen. Bilaterale Treffen zwischen PM Modi und Präsident Trump unterstrichen das Ziel, v.a. Außenseiter Indien ins Boot zu holen. Die Gipfel waren voller Optik, aber mager an Inhalten. Unter Präsident Biden suchte die Quad, die konkrete „delivery of public goods“ in den Vordergrund ihrer Kooperation zu stellen. Zahlreiche Initiativen wurden beim Gipfel in 2021 in Washington und dem Mai-2022-Gipfel in Tokyo lanciert. Der neue australische Premierminister Albanese nahm in Tokyo an seinem ersten Amtstag teil – Zeichen der Wertschätzung der Quad-Allianz durch die regionale Mittelmacht Australien und der Kontinuität australischer Außenpolitik unter der neuen Labor-Regierung. Eine Kaskade von Quad-Initiativen wurde vorgestellt: Informationsaustausch zwischen Computer-Notfallteams (CERT) und Hilfe bei Cyberattacken; die Ankündigung einer Maritimen Indo-Pazifik-Partnerschaft (IMDA) zur Überwachung von Schiffen und Unterseebooten sowie die Fortsetzung der 50-Mrd.-\$-Covid-Impfpartnerschaft. Kritiker fürchten, dass IMDA zur weiteren Militarisierung der Indo-Pazifik Region führen könnte. Die australische Außenministerin Penny Wong kommentierte kürzlich die multilateralistischen Bündnisse: „Quad und AUKUS tragen zu einem strategischen Gleichgewicht bei, von dem die gesamte Region profitieren wird.“

China verfolgt drei Ziele im Südwestpazifik: Sicherung von Fischereirechten in den riesigen Wirtschaftszonen der Pazifikstaaten, diplomatische Punktsiege gegen Taiwan sowie Schutz seiner chinesischen Diaspora. China hat seit Jahren seine Aktivitäten in der Region

verstärkt, diplomatisch, wirtschaftlich und kulturell, und hat seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den pazifischen Inselstaaten systematisch ausgebaut. China ist für fast alle größter Exportpartner. China leistet im Vergleich zu Australien, Japan, USA, Neuseeland und EU nur geringe Entwicklungshilfe, hat aber zahlreiche notwendige Infrastrukturprojekte mit hochzinsigen Darlehen finanziert und gebaut.

Schon 2019 signalisierte die Regionalinstitution Pacific Island Forum (PIF), dass die Pazifischen Inselstaaten nicht zwischen den USA und China wählen wollen. Der im Mai abgeschlossene Sicherheitsvertrag zwischen China und den Salomon-Inseln, das darauffolgende 66-Mio.-US-\$-Darlehen an die Salomon-Inseln für ein Huawei-Telekommunikationsprojekt sowie Außenminister Wang Yis jüngste Werbereise durch acht pazifische Inselstaaten ist Teil einer langfristigen Strategie Chinas. Wegen der bedeutenden strategischen Lage der Salomon-Inseln läuteten deshalb Alarmglocken in Australien und den USA. Chinas kürzlicher Versuch, mit zehn pazifischen Inselstaaten einen Sicherheitsvertrag abzuschließen, missglückte allerdings. Beim letzten PIF-Gipfel im Juli betonten die Mitgliedstaaten, dass Sicherheit im Südwestpazifik allein Angelegenheit der PIF-Mitglieder sei. China könnte aber künftig eine „Salamitaktik“ mit einzelnen Inselstaaten versuchen.

Von westlicher Seite gab es seit dem China-Salomon-Inseln-Vertrag verstärkte Besuchtsdiplomatie, Zusagen erhöhter Entwicklungshilfe durch

Australien und USA und eine Initiative Partners in the Blue Pacific von fünf Staaten (USA, AUS, NZ, Japan, GB, mit F und EU als Beobachter zur Unterstützung der pazifischen Inseln bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels, Sicherheitsfragen und Infrastrukturfinanzierung). US-Präsident Biden und die Regierungschefs von zwölf Pazifikstaaten unterzeichneten im September eine Sechs-Punkte-US-Pazifik-Partnerschaftserklärung. Ein Neustart mit den pazifischen Inselstaaten ist bei der neuen australischen Regierung Albanese zu verzeichnen. Australien will stärker auf Augenhöhe kooperieren, und die zögerliche Klimapolitik der Vorgängerregierung, bisher ein besonderes Ärgernis für die vom Klimawandel bedrohten Inselstaaten, wurde verbessert.

Der Wettbewerb um die strategische Vorherrschaft im Pazifik ist in vollem Gange. Neu ist, dass die neuseeländische Regierung ihre jahrelange pragmatische Politik gegenüber China aufgegeben hat und die westliche Chinakritik unterstützt. Im Anfangsstadium sind stärkere Bindungen zwischen indopazifischen und europäischen Bündnispartnern der USA mit Fokus auf Russland und China. USA, Australien und Neuseeland werden ihre Kooperation mit den Pazifikstaaten verstärken. Diese können sich erlauben, wählerisch zu sein und ihr nationales Interesse, vor allem den Kampf gegen die Folgen der Klimakrise, vor geopolitische Überlegungen zu stellen. Der Kampf um Einfluss im Südwestpazifik wird härter werden.

→ Zur Autorin:



Anne-Marie Schleich

Botschafterin a.D. Dr. Anne-Marie Schleich war von 1979 bis 2016 Diplomatin im Auswärtigen Amt. Sie war zuletzt deutsche Botschafterin in Neuseeland und sieben pazifischen Inselstaaten. Sie ist seit ihrem Ruhestand Adjunct Senior Fellow bei der S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS), Singapur, und hat zahlreiche Artikel über aktuelle geopolitische Entwicklungen in Asien veröffentlicht.

Rückblick auf die 12. OAV Young Leaders Jahreskonferenz

Im September kamen die Nachwuchsführungskräfte der OAV-Mitgliedsunternehmen zu ihrem wichtigsten Netzwerktreffen in Stuttgart und Ditzingen zusammen, um sich über aktuelle Trends und Entwicklungen in der Region Asien-Pazifik auszutauschen.



Vom 14. bis zum 15. September 2022 fand mit rund 60 Teilnehmern die OAV Young Leaders Jahreskonferenz zum zwölften Mal statt. Dabei konnte die Veranstaltung trotz der andauernden pandemischen Lage erstmals wieder in Präsenz veranstaltet werden. Die Konferenzteilnehmer bestanden vorrangig aus den asienerfahrenen Nachwuchsführungskräften der OAV-Mitgliedsunternehmen – den OAV Young Leaders. Das wichtigste Netzwerktreffen dieser High Potentials bündelt hierbei die Interessen aus Wirtschaft und Politik und bietet eine Plattform zum Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen, welche für die Asien-

Pazifik-Region von Bedeutung sind. Mit der Vorstellung des Programms wurde die Jahreskonferenz am Abend des 14. September durch die Young Leaders-Co-Sprecher Katja Neumüller und Dr. Philipp Meyer offiziell eröffnet. Die beiden sollten auch am Folgetag durch das Programm führen. Die Konferenz begann in Stuttgart in den Räumlichkeiten der Connectory der Robert Bosch GmbH mit einem Grußwort des OAV-Vorstandsmitglieds und Executive Vice President Corporate Communications & Governmental Affairs der Robert Bosch GmbH Prof. Dr. Christof Ehrhart. Daran schloss eine Führung durch das Unterneh-

mensarchiv Robert Bosch an, wo die Young Leaders einen Einblick in die bewegte Geschichte des Gründers und dessen Unternehmen erhielten sowie zahlreiche außergewöhnliche Exponate bewundern konnten.

Der Abend endete mit einem Casual Networking Dinner, wo sich langjährige Mitglieder des Programms und neue Young Leaders kennenlernen und austauschen konnten.

Der zweite Tag begann mit einem Kaffeeempfang, auf den die Begrüßung durch die beiden Co-Sprecher folgte, die in eine Strategie-Präsentation zum Young Leaders-Programm mündete. In dieser wurden u. a. die Mitglieder-

entwicklung des vergangenen Jahres, ein Veranstaltungsrückblick und die neuen Liaisons in der Region Asien-Pazifik vorgestellt. Anschließend trafen die Nachwuchsführungskräfte auf die Botschafterdelegation, welche sich anlässlich des Ambassadors in Dialogue zeitgleich in Baden-Württemberg befand. Die diplomatischen Vertreter wurden gemeinsam mit den Young Leaders von Dr.-Ing. E. h. Peter Leibinger, Chief Technology Officer und Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der TRUMPF SE + Co. KG, begrüßt. Dieser stellte das Unternehmen und einige seiner neuesten Entwicklungen in einer Key Note Speech zum Thema „EUV and Quantum Technology: Innovation Approach at TRUMPF“ vor. Es folgten Grußworte des Botschafters der Republik Indonesien, S.E. Arif Havas Oegroseno und Prof. Dr. Axel Stepken, Vorstandsvorsitzender der TÜV SÜD AG und Vorsitzender des OAV. Als

Nächstes nahmen die Young Leaders an einer Besichtigung des Customer Centers der TRUMPF SE + Co. KG teil, wo verschiedene Maschinen und Laser im Einsatz erlebt und von fachkundigen Mitarbeitern erklärt wurden.

Im Anschluss daran bestand die Möglichkeit zum Austausch untereinander und vor allem mit den diplomatischen Vertretern in Form eines Networking Lunch. Daran schloss sich der Vortrag von Dr. Stephan Mayer, CEO Machine Tools und Mitglied des Vorstandes der TRUMPF SE + Co. KG zum Thema „Untapping growth potential in the global machine tool industry: Emerging Markets Initiative at TRUMPF“ an.

Nach einem gemeinsamen Gruppenfoto verabschiedeten sich die Teilnehmer des Ambassadors in Dialogue von den Young Leaders und den Vertretern der TRUMPF SE + Co. KG. Die Nachwuchsführungskräfte begaben sich anschließend für eine Kaffeepause

zurück in die Lounge, bevor der letzte Programmpunkt der Jahreskonferenz begann: Eine Fishbowl-Diskussion unter dem Titel „Diversifizierung, Digitalisierung und Decoupling: Wandel und Disruption in Asien“. Die Panellisten der Diskussion waren Tim Wenniges, Managing Director European and International Affairs, SÜDWESTMETALL, Thomas „Afu“ Derksen, Influencer, Autor, Video- und Podcast-Produzent, und Young Leaderin Luisa Kinzius, Director, Sinolytics GmbH. Während der 90-minütigen Diskussion konnten Young Leaders aus dem Publikum selbst Teil des Panels werden und ihre Fragen direkt mit den Experten auf der Bühne erörtern. Am späten Nachmittag endete die Veranstaltung schließlich mit vielen aufgefrischten bzw. neu geknüpften Kontakten, spannenden Einblicken in zwei baden-württembergische Unternehmen und Erkenntnissen zu relevanten Themen rund um das Asiengeschäft.

Gelangen Sie effizienter an Ihr Ziel.

Die DEPRAG mit Hauptsitz in Amberg, Bayern, beschäftigt 760 Mitarbeiter weltweit und ist ein international führender Anbieter von Schraubtechnik und Automation. Im Zuge der hochdynamischen Wirtschaftsentwicklung Südostasiens erweitert die DEPRAG Gruppe ihre Präsenz durch eine Niederlassung in Penang, Malaysia. Unser innovatives Leistungsportfolio finden Sie unter www.deprag.com.

DEPRAG
machines unlimited

Caught between a rock and a hard place: Japan and Taiwan

The ratcheting up of tensions over Taiwan have the potential to turn into a big game changer in the region, including for Japan.

Where does the conflict leave Japan? First, the US has a big military presence in Japan. Though Japan follows a "one-China policy", Japan may get caught up in the spiralling tensions between the US and China, a situation which it has always wanted to avoid. The US remains Japan's most important ally and security partner, while China is its biggest trade partner.

Second, there is already a big debate in Japan regarding its post-World War II constitution. The debate has only been exacerbated by the assassination of the former Japanese PM, Shinzo Abe. Japanese Prime Minister Kishida in the run up to the general elections (in October last year) had talked about increasing the defence budget to 2 per cent of the GDP within the next five years. Another major issue in Japan is whether to loosen restrictions on its Self-Defence Forces. Tokyo's major challenge will be whether to re-arm and if yes, to what extent?

Third, Japan, especially under the former PM, Shinzo Abe, has been an important part of the Quad (which also includes India, Australia and the United States). This is in line what Japan calls its Free and Open Indo-Pacific vision. However, it is uncertain as to what role the Quad could play in case of any future outbreak of hostilities between China and Taiwan.

How the tensions over Taiwan may impact Japan?

First, the trip by Nancy Pelosi to Taiwan will surely be a wake-up call for Japan. China has announced that it will withdraw cooperation with the US on a host of issues, which is not good news for the region. In addition, Japan says that at least 5 from a barrage of Chinese missiles (during the Chinese live-fire

exercises in the wake of the Pelosi trip) landed in its EEZ (Exclusive Economic Zone). Another missile landed 50 miles northwest of Yonaguni at Japan's southernmost tip, which lies at a short distance from Taiwan.

Second, Tokyo has already been having a tough time with Russia after the start of the Russia-Ukraine war. In response, it has slapped a series of sanctions on Russia and Russian entities. Being an energy-dependent country, tensions with Russia are not good news for Japan, especially as restarting nuclear power plants has also been a contentious issue within the country.

Third, maritime sea lanes of communication in the region are key for Japan since it depends on them for both imports and exports. Pelosi had also visited Japan as part of her Asia tour and in his meeting with her, Japanese PM Kishida noted that "we confirmed that we will work together to make sure peace and stability in the Taiwan Strait are maintained." In addition, the Japanese economy has been hit hard by the coronavirus pandemic and is yet to recover from the impact of the same. Any further conflict could sound the death knell for many segments of the Japanese economy.

Fourth, during the term of former US President Trump, he had advocated that Japan take more responsibility for its own security and this is something that must be weighing on the minds of Japanese policy makers. A US-China dispute is likely to draw in Japan as per the provisions of the Treaty of Mutual Cooperation and Security between Japan and the United States of America (1960). On the other hand, it could encourage North Korea, which seems to be waiting in the wings to undertake more provocative measures in

the waters around Japan. Recently, the Japanese defence ministry has sought a record 5.59 trillion yen (\$40 billion) budget for the financial year starting April 2023 and as per estimates, it could well go up to around 10 trillion yen (\$72 billion or roughly 2 per cent of the GDP in the next five years). This could put a strain on other aspects of the Japanese economy.

Fifth, the next phase will also depend on how strident a tone will be taken by China towards the US. It will also depend on how the Biden Administration responds to these tensions, since being a treaty ally of the US, Japan has to go in with the American decision, come what may. Any further deterioration in US ties will also adversely affect Japan. In addition, Japan has already begun to shift some of its lines of production away from China into Southeast Asia. However, any outbreak of hostilities over Taiwan will severely impact the sea lanes of communication between Japan and the Southeast Asian countries, something which will be determinant for the health of the Japanese economy.

Sixth, before coronavirus struck, Japan received a huge number of Chinese tourists and while the numbers have started increasing again, tensions over Taiwan could hit Chinese tourist numbers. In the past we have seen that Chinese tourists visiting a particular country have decreased sharply in the wake of political tensions. Meanwhile, the Japanese Yen has slid to a record low against the US dollar, thereby spiking up import costs for fuel and food and seriously impacting household spending power.

Taiwan's economic success is also critical for Japan, especially its semiconductor industry. Tokyo allocated about 600 billion yen (\$5.2 billion) from its



fiscal 2021 supplementary budget to support advanced semiconductor manufacturers, out of which approximately 400 billion yen would be invested in a new factory set up by the world's largest contract chipmaker Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. in Japan's Kumamoto prefecture. In addition, Japan has shown a keen interest in participating in joint R&D projects with Taiwan, reducing the outflow of technology and talent to China and helping Taiwan participate in multilateral institutions. Besides, a huge number of tourists from Taiwan visit Japan every year and this is important.

Japan is also syncing its moves on Taiwan along with those of its ally, the US. The U.S.-Japan Joint Leaders' Statement, issued by U.S. President Joe Biden and the then-Japanese Prime Minister Suga Yoshihide in April 2021, noted "the importance of peace and stability across the Taiwan Strait and encouraged the peaceful resolution of cross-Strait issues." It was the first time that Japan and the U.S. publicly referred to Taiwan ever since China and Japan normalised relations back in 1969.

For Japanese carriers too, the Taiwanese market is a lucrative market, especially in the light of the changing

fortunes of the aviation industry after the outbreak of coronavirus. In addition, Japan has donated millions of doses of COVID-19 vaccines to Taiwan during the outbreak and has also come out in support of Taiwan's bid to join the Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP). However, this bid of Taiwan will need the unanimous support of all member countries of the CPTPP. During the visit of US President Joe Biden to Japan for the Quad Summit (earlier in May this year), the joint statement issued noted that "Prime Minister Kishida and President Biden stated that their basic positions on Taiwan remain unchanged, and reiterated the importance of peace and stability across the Taiwan Strait as an indispensable element in security and prosperity in the international community."

When the former Japanese PM, Shinzo

Abe, was assassinated, the Taiwanese President sent her condolences and noted that "that not only has the world lost a true leader, Taiwan has also lost a true friend, and that as Taiwan and Japan are both democratic nations that respect the rule of law, our government strongly condemns this illegal act of violence."

Clearly, Taiwan remains a bulwark for Japan and it is in Japan's ultimate national interest to maintain the status quo in Taiwan and the neighbouring region. What is worth noting here is that both the US and the Chinese economies have taken a hit in the wake of the coronavirus crisis and it is highly unlikely that the two countries will go down the warpath. However, as a country, which has close strategic ties with the US and trade ties with China, Japan seems to be caught between the devil and the deep blue sea over the Taiwan issue.

→ **About the author:**



Dr Rupakjyoti Borah

is a Senior Research Fellow with the Japan Forum for Strategic Studies, Tokyo. His latest book is *The Strategic Relations Between India, Japan and the US in the Indo-Pacific: When Three is not a Crowd* (World Scientific, Singapore). The views expressed here are personal.

Ambassadors in Dialogue

Baden-Württemberg, 14–16. September

Zum zweiten Mal in diesem Jahr reiste eine Botschafterdelegation der Ambassadors in Dialogue in ein ausgewähltes Bundesland der Republik, genauer ins „Ländle“. Zu der mehr als 20 Personen umfassenden Delegation der Botschaften aus Asien-Pazifik zählten auch der OAV-Vorsitzende Prof. Axel Stepken sowie der Sprecher der Asien-Pazifik-Botschafter, S.E. Arif Havas Oegroseno.



Die Delegation während der Führung durch eine der berühmtesten Ruinen Deutschlands und das Wahrzeichen der Stadt – das Heidelberger Schloss

Zum Auftakt des zweieinhalbtägigen Programms fanden sich die Teilnehmer in der Universitätsstadt Heidelberg ein, um eine Führung durch das Schloss und die historische Altstadt zu bekommen. Als weiteres Abendprogramm fand ein Get-Together-Dinner in der Kulturbrauerei Heidelberg statt, bei der einige Ministeriums- und Universitätsvertreter/innen der größeren Universitäten Baden-Württembergs anwesend waren, um über deren Kooperationen mit Asien zu berichten.

Der zweite Tag der Reise war mehr der Wirtschaft und Forschung gewidmet. Zu Beginn stand ein Besuch auf dem Bosch Forschungscampus auf der Agenda. Nach einer Einführung durch Peter Wolfangel, Leiter Corporate Research, wurde die Delegation zu aktuellen Entwicklungen der Forschung in Bezug auf KI-Aktivitäten und automatisiertem Fahren unterrichtet. Als nächster Programmpunkt folgte ein Besuch bei der TRUMPF SE + Co. KG in Ditzingen, wo zeitgleich die 12. OAV Young Leaders Jahreskonferenz abgehalten wurde. Begrüßt wurde die Delegation von Dr.-Ing. E. h. Peter Leibinger, Chief Technology Officer und Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, gefolgt von einer Führung durch das Customer Center, bei der die hochmo-

dernen Maschinen in voller Funktionalität vorgeführt wurden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit den Young Leaders folgte ein Grußwort von Dr. Stephan Mayer, CEO Machine Tools und Mitglied des Vorstandes. Stillecht wurden die Botschafter in von der KIENLE Automobiltechnik GmbH gestellten Oldtimern abgeholt, um zum Mercedes-Benz Museum chauffiert zu werden. Dort angekommen, erfolgte eine kurze Begrüßung durch Eckart von Klaeden, Vice President & Head of External Affairs at Mercedes-Benz Group AG und eine Vorstellung der gepanzerten S-Klasse, gefolgt von einer Museumsführung. Zum Ende des Tages fanden sich die Delegation und Vertreter/innen diverser Unternehmen zu einer Paneldiskussion zum Thema „Automotive & Mobility – from tradition to future“ und abschließendem Netzwerkempfang in den Räumlichkeiten der IHK Region Stuttgart ein. Zu Beginn des dritten Tages tauschten sich die Botschafter mit dem Staatssekretär Dr. Rapp vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu aktuellen Themen ihres jeweiligen Landes aus. Darauf folgte ein Besuch im Cyber Valley, Europas größtem Forschungskonsortium zum Thema KI, in Tübingen. Den Abschluss bildete eine kurze Stadtführung durch die historische Innenstadt.



Gruppenfoto auf dem Bosch Forschungscampus



Botschafter während der Führung durch das Customer Center von TRUMPF



Während der Führung durch das Mercedes-Benz Museum betrachtet die Gruppe ein Modell des ersten schnelllaufenden Benzinmotors der Welt, der von Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach entwickelt wurde



Gruppenfoto der gesamten Delegation beim Termin mit StS Dr. Rapp



Ein Forscher des Cyber Valley zeigt der Delegation die (Lern-)Fort-schritte eines KI-gesteuerten mechanischen „Tischtennispielers“

Die Geschichte der Firma Merck

Seit der Gründung im Jahr 1668 hat sich Merck kontinuierlich fortentwickelt. Heute ist das Wissenschafts- und Technologieunternehmen in den Bereichen Life Science, Healthcare und Electronics tätig. Über 60.000 Mitarbeitende arbeiten daran, im Leben von Millionen von Menschen täglich einen entscheidenden Unterschied für eine lebenswertere Zukunft zu machen: Von der Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen, die die Arzneimittelentwicklung und -herstellung beschleunigen, über die Entdeckung einzigartiger Wege zur Behandlung von Krankheiten bis zur Bereitstellung von Anwendungen für intelligente Geräte – Merck ist überall.

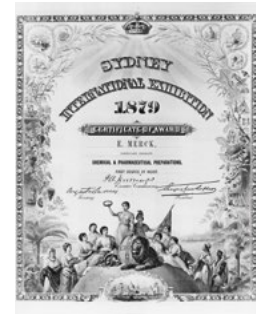
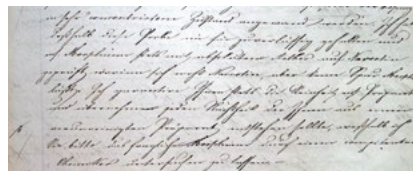


1668

Erwerb einer Apotheke in Darmstadt durch Friedrich Jacob Merck

1851

Qualitätsgarantie von Emanuel Merck



1879

Merck auf allen Kontinenten vertreten

1830er-Jahre

Beginn der ersten Fabrik am Ostrand Darmstadts



1827

Emanuel Merck: „Novitäten-Cabinet“, vom Apothekerkunsthandwerk zum forschenden Industrieunternehmen



1890

Biotechnologische Anfänge; ab 1893 Produktion von Milchsäure aus Molke mit Hilfe von Bakterien

1850

Gründung der Geschäftssozietät E. Merck



1904

Verlegung der Fabrik an die Frankfurter Straße, den heutigen Standort



1917

In Folge des Ersten Weltkrieges wird die Tochtergesellschaft Merck & Co. in New York enteignet und ist seither ein eigenständiges Unternehmen

1939

Ausbruch des Zweiten Weltkriegs; ab 1942 auch Zwangsarbeiterinnen



1965

Umweltschutz durch biologische Kläranlage, Vorreiter in Europa



1982

Intensive Förderung des Wissenschaftsnachwuchses; seit 1982 bei „Jugend forscht“ engagiert



1995

Gründung der Merck KGaA, Gang an die Börse

2007

Akquisition des Biotech-Unternehmens Serono

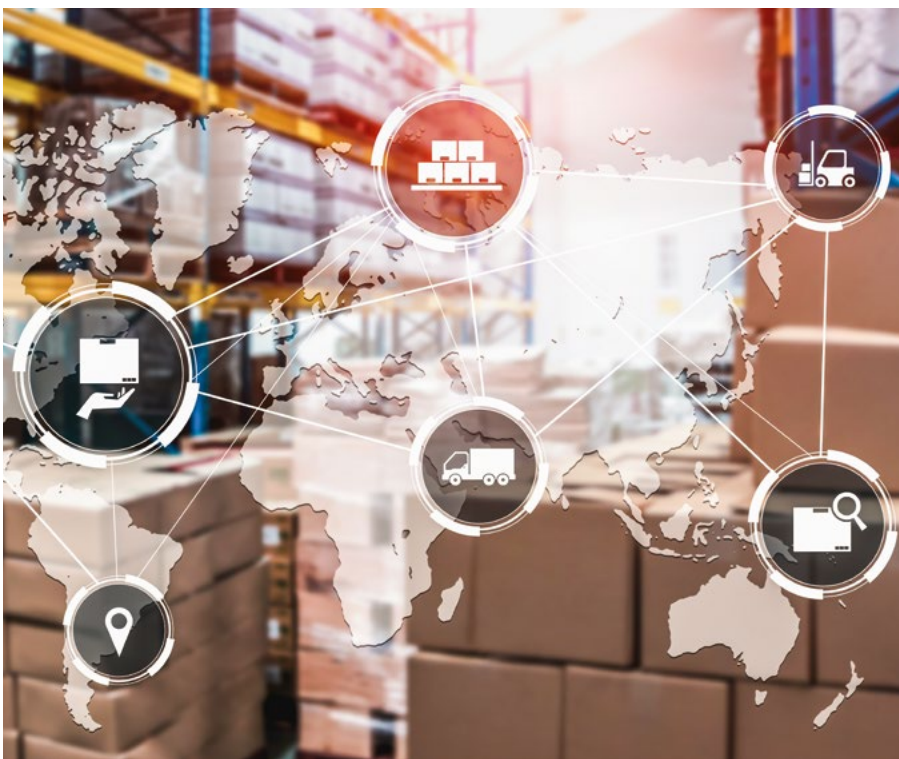
Aufnahme in den DAX-30-Index

Mit der WHO gegen Schistosomiasis in Afrika



Menschenrechtliche Sorgfalt: Neues Gesetz soll Lieferketten nachhaltiger machen, EU-Regelung in Vorbereitung

Die Zeit läuft: Am 1. Januar 2023 tritt das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in Kraft. Damit wird erstmals in Deutschland die unternehmerische Verantwortung für die Achtung von Menschenrechten und Umweltpflichten in Lieferketten gesetzlich geregelt. Von der Ernährungsindustrie bis zum Tech-Unternehmen: Was sollten Unternehmen jetzt beachten?



Seien es Kinder- und Zwangsarbeit, angemessene Arbeitszeiten, existenzsichernde Löhne oder Gewerkschaftsrechte: Lieferketten sind oft risikobehaftet. Zudem können sie oft sehr komplex und vielstufig sein. Angefangen beim Großhändler, kann die Lieferkette vom Importeur über das ausländische Exportunternehmen, verschiedenen Verarbeitungsstufen und mehreren Zwischenhändlern im Ursprungsland bis hin zu Tausenden von kleinstbäuerlichen Erzeugerinnen und Erzeugern reichen. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz schafft nun einen verbindlichen Rahmen für

unternehmerische Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt im eigenen Geschäftsbereich und in der Lieferkette. Es gilt ab 2023 für Unternehmen mit mindestens 3.000 Beschäftigten. Ab 2024 betrifft das Gesetz dann auch Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten.

Eine europäische Richtlinie ist ebenfalls in Vorbereitung, die für Unternehmen unterschiedlicher Größe in mehreren Stufen gelten würde: Nach dem im Februar vorgestellten Entwurf der EU-Kommission zunächst für EU-Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 150 Millionen

Euro weltweit und Drittstaatsunternehmen mit einem Jahresumsatz von 150 Millionen Euro in der EU (erste Gruppe). Zwei Jahre später dann zusätzlich für EU-Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten und 40 Millionen Euro Jahresumsatz weltweit bzw. Drittstaatsunternehmen mit mindestens 40 Millionen Euro Jahresumsatz in der EU, wenn sie eine Tätigkeit in einem der drei Risikosektoren ausüben und hier 50 % des Umsatzes erzeugt werden: Mode, Ernährung/Landwirtschaft und Bergbau/Rohstoffabbau/-großhandel (zweite Gruppe). Kommt die Richtlinie wie von der Kommission vorgeschlagen zustande, hätte dies auch Auswirkungen auf das deutsche LkSG.

Was wird von Unternehmen erwartet?

Zwar müssen Unternehmen auch nach Inkrafttreten des LkSG nicht garantieren, dass ihre Wertschöpfungsketten frei sind von Risiken und Verletzungen von Menschenrechten und Umweltpflichten. Vorausgesetzt wird allerdings, dass sich Unternehmen Risiken und Verletzungen in ihren Lieferketten genau anschauen und sich mit geeigneten Maßnahmen bemühen, die Verletzungen zu beenden und Risiken zu minimieren. Konkret verpflichtet das Gesetz Unternehmen dazu, ein angemessenes und wirksames Risikomanagement einzurichten, das in allen maßgeblichen Geschäftsabläufen integriert sein muss. Wenn beispielsweise Zulieferer der Textilindustrie bei der Baumwollernte oder Produktion Kinder beschäftigen und damit gegen

das Verbot der Kinderarbeit verstoßen, Arbeiterinnen und Arbeiter mit Gewalt oder Drohung zur Arbeit zwingen oder ihre Beschäftigten hinsichtlich zulässiger Arbeitszeiten ausbeuten, sollten Textilunternehmen, die Kleidung oder Schuhe aus Ostasien abnehmen, dies im Rahmen ihrer Risikoanalyse untersuchen. Denn nach dem LkSG sind sie zu angemessener Sorgfalt verpflichtet, müssen also Risiken und Verletzungen proaktiv ermitteln und dann entsprechend mit Maßnahmen reagieren. Kommen Unternehmen ihren gesetzlichen Pflichten nicht nach, können Bußgelder verhängt werden. Diese können bis zu acht Millionen Euro, oder bei Unternehmen mit durchschnittlichem Jahresumsatz von 400 Mio. Euro bis zu zwei Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes betragen. Außerdem droht bei einem Bußgeld ab einer bestimmten Höhe der Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge. Doch wie gehen Unternehmen nun vor? Um Risiken vorzubeugen, können sie zum Beispiel entsprechende vertragliche Zusicherungen mit dem direkten Zulieferer vereinbaren, geeignete Beschaffungsstrategien umsetzen oder Schulungen anbieten sowie Kontrollmaßnahmen durchführen. Werden Verletzungen identifiziert, sind diese mit Abhilfemaßnahmen zu beenden. Weiter sieht das Gesetz vor, dass Unternehmen ein Beschwerdeverfahren einrichten, damit sich Betroffene und Dritte an das Unternehmen wenden können, wenn Anlass zur Sorge vor Missständen besteht. Auch setzt das Gesetz ein hohes Maß an Transparenz voraus: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle verlangt von den Unternehmen einen jährlichen Bericht über die Umsetzung der Sorgfaltspflichten, den sie darüber hinaus online veröffentlichen müssen.

Folgen für ausländische Unternehmen

Grundsätzlich erfasst das Gesetz nur Unternehmen, die ihren Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in Deutschland haben. Allerdings findet das Lieferkettensorg-

faltspflichtengesetz auch auf ausländische Unternehmen Anwendung, die eine Zweigniederlassung in Deutschland unterhalten und hier mindestens 3.000 bzw. 1.000 Beschäftigte haben. Bedeutung kann das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aber auch für ausländische Unternehmen haben, wenn diese unmittelbare oder mittelbare Zulieferer von deutschen Unternehmen sind. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass das Gesetz für diese Unternehmen keine Pflichten vorsieht. Relevant wird das Gesetz hier vielmehr, wenn die deutschen Kunden der ausländischen Unternehmen sich an diese wenden, weil sie Unterstützung bei der Erfüllung ihrer eigenen Pflichten nach dem Gesetz brauchen. Zulieferer können sich hierauf zum Beispiel vorbereiten, indem sie mit der Implementierung von Sorgfaltprozessen nach den VN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte beginnen.

Chance für robustere Lieferketten

Die Umsetzung von Sorgfaltprozessen birgt auch Chancen für Unternehmen: Durch höhere Nachhaltigkeitsanforderungen entstehen krisenfestere Lieferketten. Gerade in der Pandemie zeigte sich, wie anfällig viele Lieferketten sind – angefangen bei der Logistik über die Rohstoffverfügbarkeit bis hin zur Ausstellung von Zertifikaten, weil Audits nicht stattfinden konnten. Dort, wo Unternehmen frühzeitig investiert und nachgebessert haben, waren die Ausfälle in Krisenzeiten geringer. Waren Beschäftigte zum Beispiel angemessen vor einer Infektion mit dem Coronavirus geschützt, konnten Betriebsschließungen vermieden werden. Sorgfaltspro-

zesse im Umgang mit Beschäftigten, Lieferanten und Kundinnen und Kunden führen zu resilienteren Lieferketten und zahlen sich sowohl kurzfristig als auch langfristig aus.

Unterstützungsangebote für Unternehmen

Unternehmen werden bei der Umsetzung steigender Anforderungen nicht allein gelassen. Diverse Unterstützungsangebote stehen Unternehmen bereits zur Verfügung und helfen bei der Umsetzung eigener Sorgfaltprozesse. Hierzu gehört unter anderem die individuelle und kostenfreie Erst- und Verweisberatung des Helpdesk Wirtschaft & Menschenrechte. Hinzu kommen umfassende digitale Unterstützungsangebote wie der KMU-Kompass, der Standards-Kompass, der CSR Risiko-Check und der Praxislotse Wirtschaft & Menschenrechte sowie ein kostenfreies Online-Training (zu finden unter <https://wirtschaft-entwicklung.de/wirtschaft-menschenrechte/> sowie auf Twitter und LinkedIn). Auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt unter wirtschaft-menschenrechte.de ein umfassendes Informationsangebot zum Lieferkettengesetz bereit und informiert über weitere Programme.

Der Helpdesk Wirtschaft & Menschenrechte ist ein Unterstützungsangebot der Bundesregierung und in der Agentur für Wirtschaft & Entwicklung (AWE) verortet. Finanziert wird das Angebot vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und durchgeführt von der DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) sowie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

→ Zur Autorin:



Michaela Streibelt

ist Rechtsanwältin und seit Ende 2020 als Beraterin für den Helpdesk Wirtschaft & Menschenrechte in der Agentur für Wirtschaft & Entwicklung tätig. Zuvor arbeitete sie als Rechtsanwältin im Bereich Litigation und im Bereich Umweltrecht sowie in einer Menschenrechtsorganisation im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte.

Das OAV-Netzwerk wächst!

Wir begrüßen unten genannte Neumitglieder im OAV und sind gespannt auf die künftige Zusammenarbeit sowie den Austausch.



FRANK
LEGAL & TAX

**Engagierte Rechtsanwälte
in Thailand**

FRANK Legal & Tax wurde im Jahr 2012 in Bangkok gegründet. Wir sehen uns als mittelständische internationale Wirtschaftskanzlei. Unsere Hauptgeschäftsstelle befindet sich in Bangkok und wir haben eine Zweigstelle in Phuket.

FRANK Legal & Tax strebt an, ein Brückenkopf für die deutsche Wirtschaft in Thailand zu sein. Wir beraten große und kleine Unternehmen sowie insbesondere auch Immobilieninvestoren in rechtlichen und steuerlichen Angelegenheiten. Unsere aktuell 32 Mitarbeiter stehen bereit, Ihnen eine Beratung zu geben, die sich maßgeblich auf Ihre guten Geschäftsentscheidungen auswirken wird.

Um unser Angebot zu vervollständigen, bieten wir auch Lohn- und Bilanzbuchhaltung auf internationalem Niveau an. Für die nach Thailand entsendeten ausländischen Mitarbeiter erledigen wir Visa-Anträge und Anträge auf Arbeitserlaubnis. Und im Fall eines Rechtsstreits in Thailand steht Ihnen unser Litigation-Team – aktuell drei Rechtsanwälte – zur Seite.

www.franklegaltax.com



LEXORO
The pulse of A.I.

lexoro GmbH

Die lexoro GmbH hat mehr als 20 Jahre Erfahrung als Software-Engineering Unternehmen mit Fokus auf den HealthCare-Bereich. Mit 50 Mitarbeitern, zwei Standorten in Deutschland (Mannheim & München) und Technologiezentren in Bulgarien und Bangladesch zeichnen wir uns durch langjähriges Prozess-Know-how in den Bereichen Regulatory Affairs, Clinical Affairs, Quality Management, Market Access, Post Market Surveillance und R&D aus. Unser Kernfokus ist die Verbindung von Branchen-, Prozess- und Technik-Expertise für Höchstleistungen im Bereich „Intelligente Automatisierung“ von regulatorischen Workflows. Für Kunden ein klarer Beschleuniger mit einem schnellen ROI zwischen 4 und 20 Wochen.

• Wir automatisieren die Befüllung und Generierung von regulatorisch wichtigen Reports und Dokumenten (bis zu 95% Automatisierung).

• Wir beschleunigen die Suche nach relevanten Informationen und deren automatische Klassifikation und Aggregation (30-70% Zeitersparnis)

• Wir entwickeln lernende Systeme, Modelle und Tools, die es dem Kunden ermöglichen, diese Automatisierungen konstant einzusetzen und intern lauffähig und anwendbar zu halten.

www.lexoro.ai



CS MARKETING
& Sales Solutions

CS Marketing & Sales Solutions

Durch globale Marketing- und PR-Lösungen begleitet CS Marketing & Sales Solutions internationale Anbieter technologischer Produkte und Dienstleistungen bei Markteintritt und -wachstum; geografischer Fokus liegt auf Asien und Europa. Unser Verständnis für die Herausforderungen internationaler Organisationen lässt Teams besser zusammenarbeiten; Marketing-Maßnahmen wirken besser. Unsere Leistungen umfassen strategisches Marketing, Public Relations und Content Marketing. Unter Einbezug des Marketing-Mix erarbeiten wir Narrative, die sowohl die globale Markenpositionierung wie auch lokale Bedürfnisse von Buyer Personas widerspiegeln. Mit Public Relations bieten wir Pressearbeit für Meinungsführerschaft. Im Bereich Content Marketing liegt der Fokus auf kreativen Inhalten für Websites und Social Media.

www.cs-marketing-solutions.com

Wortgewandt in Asien

„Wegen eines Honigtropfens ging das Königreich verloren“

„Kleine Ursache, große Wirkung“

Als ein Richter in Burma sich weigerte, einen Streit zu verhandeln, weil er zu unbedeutend sei, erzählte ihm der Oberrichter die Geschichte von einem König, der einen vom Fenstersims tropfenden Honigtropfen nicht aufwischen lassen wollte, weil er so unbedeutend war. Der Tropfen fiel auf die Straße und eine Fliege warf sich auf ihn. Eine Eidechse gesellte sich dazu und kämpfte mit der Fliege um den Honig. Schnell stürzte sich eine Katze auf die Eidechse und bediente sich, nachdem die Echse erlegt war, am Honig. Dies wiederholte sich mit einem Hund und endete damit, dass sich die Besitzer von Hund und Katze, zwei Menschen, unter Einbezug ihrer Verwandten lautstark um den Honig stritten. Anschließend erfasste der Kampf das Dorf, die

Stadt und das ganze Land. Das Reich ging schlussendlich unter – weil der König eine Kleinigkeit nicht wichtig fand. Der Richter verneigte sich nach der Geschichte und nahm die Verhandlung des eingangs erwähnten Streits auf. In Myanmar wird dieses Sprichwort mahndend angewandt, wenn jemand zu grob arbeitet und Kleinigkeiten geringachtet.

What's your favorite expression that you have come across in the Asia-Pacific region? Share your word or phrase!

Teilen Sie Ihre Lieblingsredewendung aus dem Asien-Pazifik-Raum mit uns!

E-Mail: oav@oav.de

ENABLING STRATEGIC KEY TECHNOLOGIES AROUND THE GLOBE

An increasingly interconnected world offers many opportunities, where innovation leaders open the doors to the future. NXP Semiconductors enables ground-breaking technologies while safeguarding the security of devices and the resilience of strategic infrastructures.

Learn more about NXP's trusted solutions to meet the world's security needs. [nxp.com/security](https://www.nxp.com/security)





Updaten Sie Ihr Profil: Besser vernetzt mit dem neuen OAV-Portal!

Anfang Oktober diesen Jahres hatte der OAV die große Freude, sein neues Mitgliederportal einzuweihen.

Dies ist unsere neue Plattform, die es Ihnen ermöglicht, sich mit anderen Unternehmen bedarfsgerecht zu vernetzen.

Ihre Mitarbeit ist gefragt

Das Portal, das in Zusammenarbeit mit unserem CRM-Partner SuperOffice programmiert wurde, lebt von der aktiven Teilnahme unserer Mitglieder – je mehr Unternehmen ihren Unternehmensauftritt mit Informationen befüllen, desto aussagekräftiger ist diese Plattform. Als unser Hauptansprechpartner haben Sie erstmals die Berechtigung, Ihren Auftritt selbst zu bearbeiten. Bitte nehmen Sie sich ein paar Minuten für die individuelle Gestaltung Ihres Profils und besuchen das Portal unter: <https://portal.oav.de/> oder über den QR-Code unten.

Mir einem ausgefüllten Unternehmensprofil werden auch Sie von anderen Unternehmen in der Mitgliederliste gezielt gefunden. Über die Möglichkeit, dass andere Unternehmen Sie als Branchen- oder regionalen Experten identifizieren können, ist das Portal für Sie ein Netzwerk mit dem Potenzial zur Leadgewinnung. Das Portal ersetzt das gedruckte Mitgliederverzeichnis und die bisherigen Mitgliedereinträge auf unserer Website.

Neu ist außerdem, dass Sie mit dem Portal jederzeit Einblick in Ihre persönlichen Kontaktdaten sowie die Daten Ihres Unternehmens nehmen können, die wir in unserer Mitgliederdatenbank gespeichert haben. Nutzen Sie die Gelegenheit, Ihre Daten zu aktualisieren, damit unsere Einladungen und Serviceangebote an den richtigen Kollegenkreis gehen. Auch hierbei unterstützen wir Sie gern.

→ Kontakt:



Für Fragen rund um das Portal stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Christiane Ludwig
Mitgliederbetreuung
Projektmanagerin
Tel.: 040 35 75 59-31
E-Mail: ludwig@oav.de



QR-Code scannen
und direkt zum
Mitgliederportal gelangen.



Termine/Impressum

DEZEMBER

09/12

Kleines Liebesmahl

→ Hamburg

FEBRUAR

09/02

OAV Young Leaders: Networking
Dinner zum Asien-Pazifik-Forum Bayern

→ Nürnberg

MÄRZ

24/03

Ostasiatisches Liebesmahl

→ Hamburg



Alle aktuellen Termine finden Sie auf unserer Website unter <https://www.oav.de/termine/aktuelle-veranstaltungen.html>

IMPRESSUM

Insight Asia-Pacific 3/2022

HERAUSGEBER

OAV, Bleichenbrücke 9, 20354 Hamburg,
Tel.: +49 40 35 75 59-0, Fax: +49 40 35 75 59-25, E-Mail: oav@oav.de, Internet: www.oav.de

REDAKTION

Kimora Klug, Norman Langbecker, Daniel Marek, Daniel Müller, Felix Rust, Almut Rößner, Anna Schmitz

AUTOREN

Markus Bangen, Dr. Rupakjyoti Borah, Dr. phil. Robert Habeck, Wolfgang Heinze, Dr. Leif Luckmann,
Daniel Müller, Anne-Marie Schleich, Christiane Schnöckel, Prof. Dr. Axel Stepken

ART DIRECTION

tellus corporate media GmbH, Hamburg

BILDNACHWEISE

Cover: shutterstock/ibreakstock; Seite 03: TÜV Süd; Seite 04: shutterstock/red-feniks; Seite 5: Markus Bangen,
Seite 06: Craig John Hawke, Philipp Ackermann; Seite 7: regiospectra Verlag Berlin, Seite 8: shutterstock/Dar-
welShots; Seite 11: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, TÜV Süd AG, Seite 14: Wolfgang Heinze,
Seite 15: F.C. St. Pauli, Seite 17: Anne-Marie Schleich, Seite 18: Trumpf AG, Seite 21: shutterstock/tunasalmon, Dr.
Rupakjyoti Borah, Seite 22-23: OAV, Seite 24-25: Merck AG, Seite 26: shutterstock/Blue Planet Studio; Seite 27:
Michaela Streibelt; Seite 30: shutterstock/metamorworks

DRUCK

Riemer GmbH & Co. KG

ERSCHEINUNGSWEISE

Vierteljährlich



Der asiatische Markt wächst – wir wachsen mit: die LBBW in Shanghai.

Der asiatische Markt verzeichnet ein bemerkenswertes Wachstum, dadurch intensivieren sich auch die Investitions- und Handelsbeziehungen mit der EU. Die LBBW wächst mit: Aus unserer Repräsentanz wird eine operative Niederlassung im größten Wirtschafts- und Finanzzentrum Chinas, Shanghai. Unser Team vor Ort baut Brücken zwischen Unternehmenskunden der LBBW und chinesischen Partnern – schon seit über 20 Jahren.

Wir machen den nächsten Schritt: mit unserer Banklizenz, einem umfassenden Angebot im Corporate Banking und Trade Finance, sowie intelligenten Exportfinanzierungslösungen. Möchten auch Sie Ihre Position im asiatischen Markt ausbauen? Wir begleiten Sie – mit kompetenter Beratung, schnellen Entscheidungen und passgenauen Lösungen. Jetzt mehr erfahren unter:

